

INHALT

BEITRÄGE

Auswirkungen der saarländischen Bevölkerungsentwicklung: Handlungserfordernisse für Raumordnung und Regionalentwicklung im Saarland	3
Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum 2002 im Saarland	14
Ausbildungsförderung im Saarland 2001 und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren	17
Kindertageseinrichtungen im Saarland	21

GRAPHIKEN

Wirtschaftsgraphiken	25
----------------------	----

KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - Januar 2003	30
--------------------------------------	----

ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	32
Mitteilungen des Amtes	32

BEILAGE

Zahlenspiegel	
---------------	--

ZEICHENERKLÄRUNG

- p vorläufige Zahlen
0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
r berichtigte Zahlen
- nichts vorhanden (genau null)
. Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... Angabe fällt später an
/ keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich

IMPRESSUM

Herausgeber: Statistisches Landesamt Saarland
Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken
Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 35 oder - 59 25
Telefax: (06 81) 5 01 - 59 15
E-Mail: statistik@stala.saarland.de
Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Bezugspreis: Einzelheft **2,80 EUR**
Jahresabonnement **28,00 EUR**

Bestellungen: Statistisches Landesamt Saarland
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 27

ISSN 1430 - 2764

© **Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken, 2003.**

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bevölkerung

Johannes Barth

Auswirkungen der saarländischen Bevölkerungsentwicklung: Handlungserfordernisse für Raumordnung und Regionalentwicklung im Saarland^{*)}

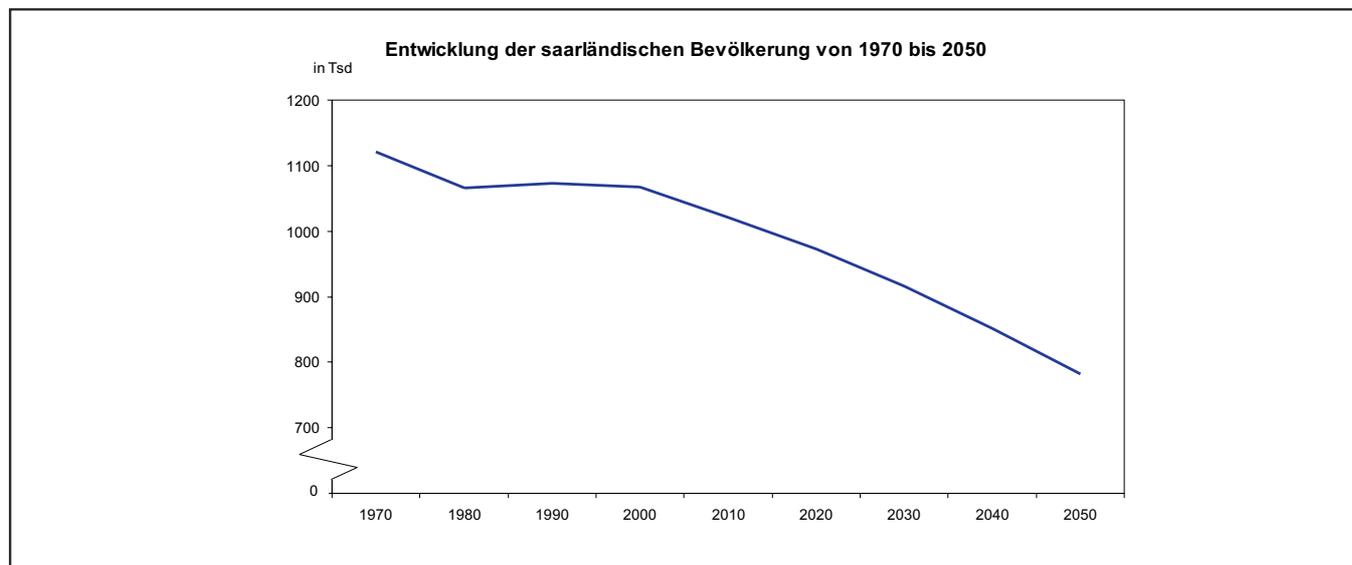
Die Bevölkerungsentwicklung des Saarlandes ist geprägt von einem Geburtendefizit, das aber nicht durch den Zuwanderungsüberschuss ausgeglichen werden kann. Gegenüber den übrigen Bundesländern hat das Saarland eine negative Wanderungsbilanz, insbesondere bei den erwerbsfähigen Personen zwischen 20 und 40 Jahren. Neben der Darstellung der statistischen Zahlen befasst sich dieser Aufsatz mit den daraus abzuleitenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen für das Saarland.

1. Bevölkerungsentwicklung im Jahre 2001

Am 31. Dezember 2001 lebten im Saarland 1 066 470 Einwohner, davon 517 432 männlichen und 549 038 weiblichen Geschlechts. Dies waren 2 233 Personen weniger als ein

Zum 31.3.2002 wurden im Saarland nur noch 1 065 600 Einwohner gezählt, 870 weniger als zum Ende des Jahres 2001.

Nach den vorliegenden Modellrechnungen der 9. Koordinierten Bevölkerungsprognose auf der Basis 1.1.1998 wird

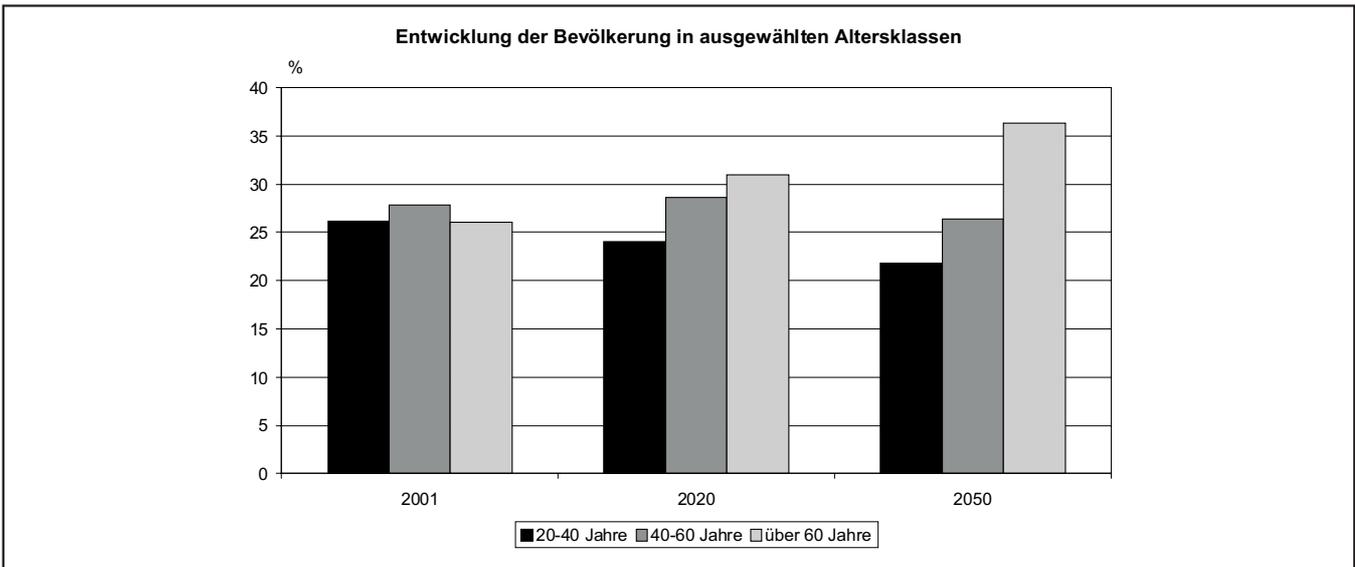


Jahr zuvor. Ausschlaggebend hierfür war ein Geburtendefizit von 4 120 Personen. Den 8 196 Geburten standen 12 316 Sterbefälle gegenüber. Der Wanderungsgewinn von 1 887 Personen, der sich aus 19 097 Zuzügen (aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland) und 17 210 Wegzügen (in andere Bundesländer und ins Ausland) im gleichen Zeitraum ergab, reichte nicht aus, um den Gestorbenenüberschuss auszugleichen.

sich die Einwohnerzahl des Saarlandes bis zum Jahr 2050 auf rund 780 Tsd. verringern. Damit wird die saarländische Bevölkerung bis 2050 ein Viertel weniger zählen als 2001.

Die Prognosedaten zeigen nicht nur einen unaufhaltsamen Alterungsprozess, der keinesfalls ein landesspezifisches Problem darstellt, sondern sie zeigen auch, wie sich die einzelnen Jahrgangsklassen infolge von Wanderungsverlusten und Geburtenrückgängen weiter entwickeln.

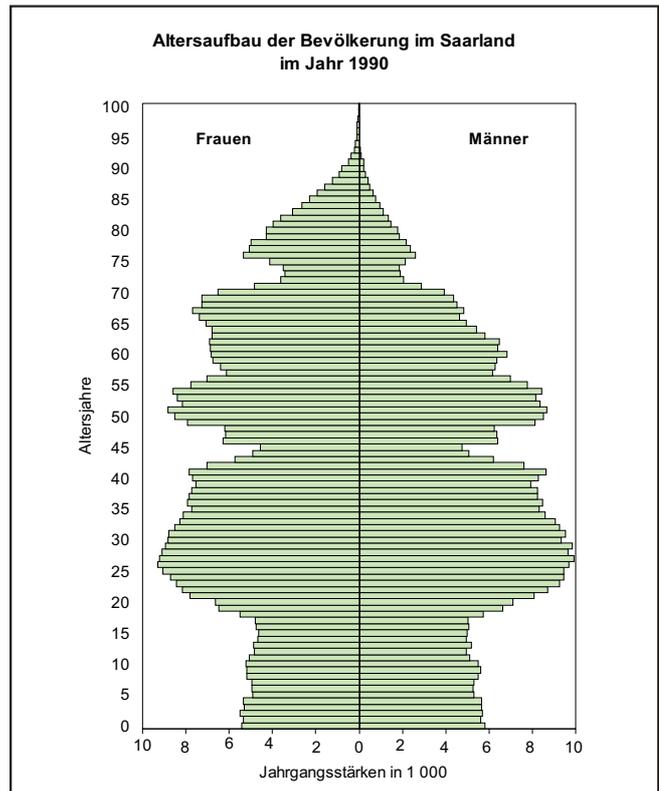
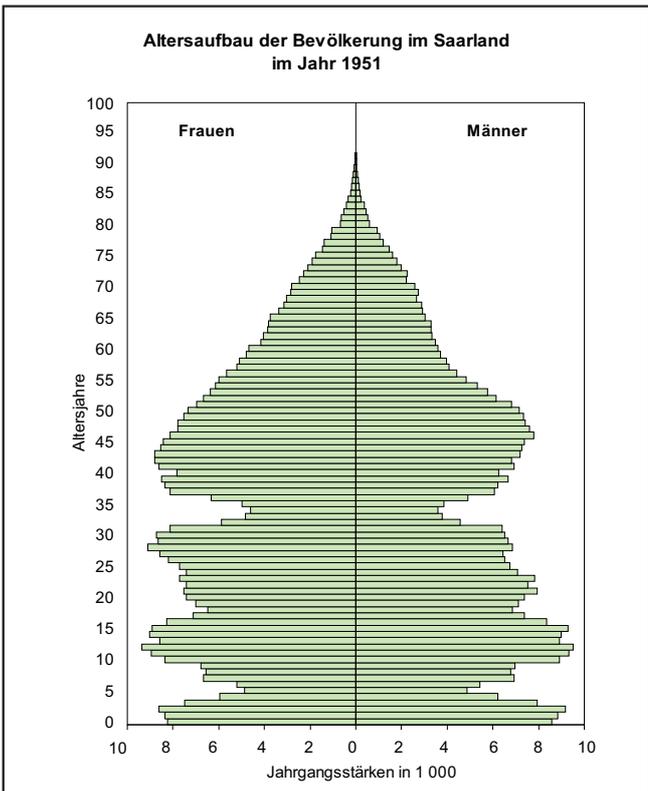
^{*)} Dieser Beitrag wurde vom Autor auf dem 6. Planerforum der ARL-LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland am 17.10.2002 in Wiesbaden als Vortrag gehalten.

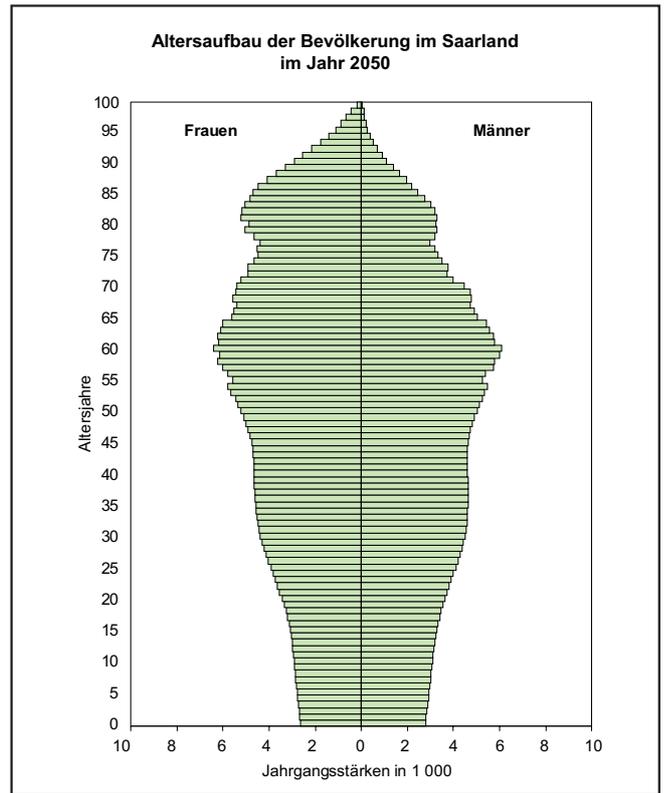
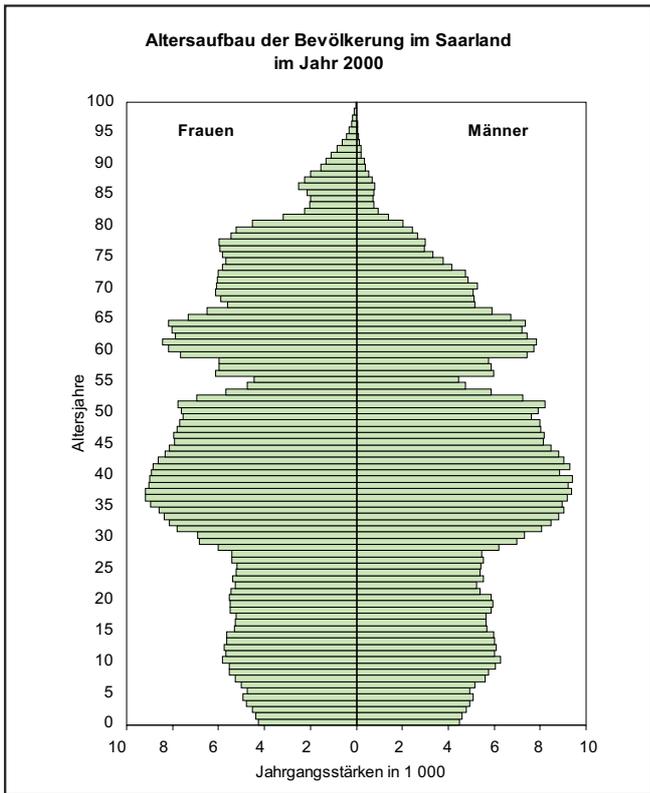


Waren am 31.12.2001 noch 26,2 % aller Saarländer als Auswirkung der geburtenstarken Jahrgänge zwischen 20 und 40 Jahre alt, so wird sich dieser Anteil 2020 auf 24,0 % und 2050 auf nur noch 21,8 % reduzieren. Ähnlich entwickelt sich der Bevölkerungsanteil der 40- bis unter 60-Jährigen: von 27,8 % in 2001 über 28,6 % in 2020 auf 26,4 % in 2050. Dagegen nimmt der Anteil der über 60-Jährigen an der saarländischen Bevölkerung stark zu. Waren im Jahre 2001 noch 26,1 % in dieser Altersklasse, so werden 31 % aller Saarländer und

Saarländerinnen im Jahr 2020 und 36,3 % in 2050 über 60 Jahre alt sein. Damit könnte das Saarland unfreiwillig Modellregion für Deutschland werden. Denn an der Saar setzen Änderungen in der Altersstruktur schneller und heftiger ein als anderswo in den westlichen Bundesländern.

Die saarländische Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2050 von einem tannenbaumförmigen Aufbau im Jahr 1951 über eine "zerzauste Wettertanne" wie sie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper treffend beschrieben hat, hin zu einer Mor-





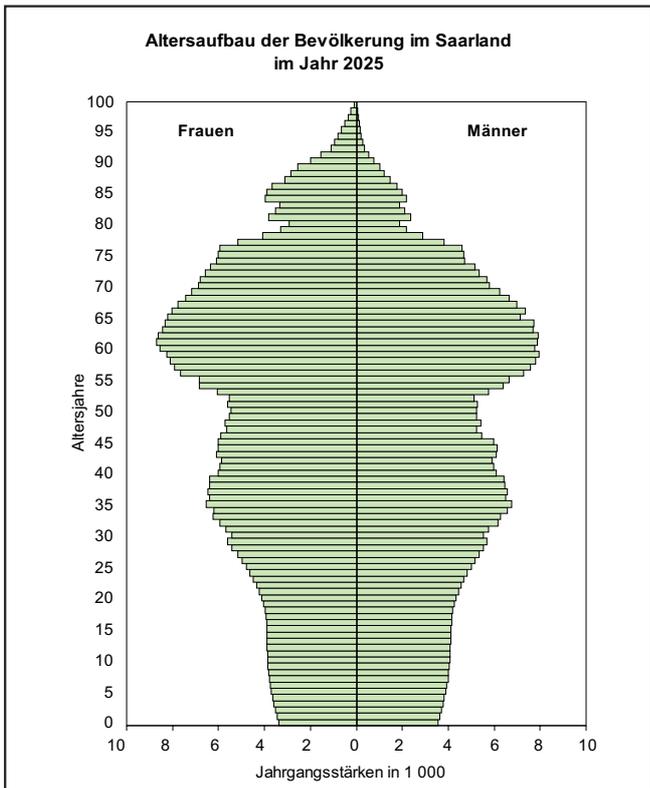
schelfform entwickeln. Auf die Konsequenzen dieser Entwicklung soll in diesem Aufsatz eingegangen werden.

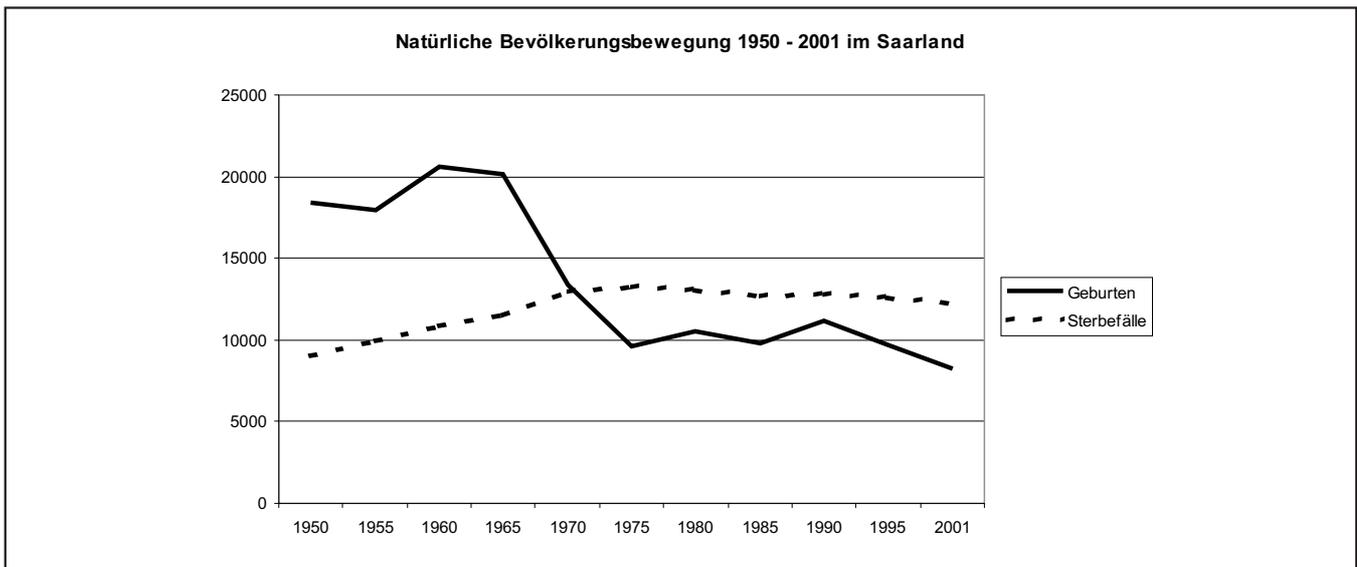
2. Bevölkerungsbewegungen

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen, wie man sie auch sehr deutlich an den Strukturen der Bevölkerungspyramiden sieht. So beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u.a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- und Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändert sich damit auch das Verhältnis zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem Teil, der von den Erwerbstätigen versorgt werden muss.

Um diese Wechselwirkungen richtig einschätzen zu können, wird kurz auf die Daten der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung eingegangen werden.

Im Jahr 1990 wurden für das Saarland 11 210 **Geborene** (1960 noch über 20 000) standesamtlich beurkundet, im Jahr 2001 nur noch 8 196, also über ein Viertel weniger. Aber im Saarland hat nicht nur eine absolute Abnahme der Geburtenzahlen stattgefunden, sondern auch eine relative Abnahme. So fiel die zusammengefasste Geburtenziffer (Anzahl der Kinder, die von 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren gebo-





ren werden) von 1 332 in 1990 auf 1 300 in 2000 und 1 254 in 2001. Diese Entwicklung wird auch durch die Netto reproduktionsrate, darunter versteht man die Zahl der Töchter, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bei den zum Zeitpunkt der Berechnung gültigen Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt zur Welt bringt, wiedergegeben. Sie reduzierte sich von 1,18 im Jahr 1960 über 0,633 in 1990 und 0,626 in 2000 auf 0,6 in 2001.

Durch den sogenannten "Pillenknick" der 70er Jahre wird die Zahl der 20- bis 40-Jährigen, die den größten Einfluss auf die Entwicklung der Geburtenzahl haben, durch die nachfolgenden, deutlich schwächeren Jahrgänge weiter zurückgehen. Als Folge wird sich auch die Zahl der Geburten drastisch reduzieren. Denn mit der neuen Lust auf Kinder ist es ja auch so eine Sache, mögen die Babyprämien noch so reichlich bemessen werden, Geld arbeitet, aber es zeugt nicht.

Im Vergleich zu anderen alten Bundesländern weist das Saarland ohnehin eine auffallend geringe Geburtenrate (Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner) auf. (1999: Saarland 8,3; Hessen: 9,8; Rheinland-Pfalz 9,5; Baden-Württemberg: 10,3). Dies lässt den Schluss zu, dass der allgemein zu beobachtende Rückgang der Geburtenrate im Saarland noch weitaus gravierender sein wird, als in den anderen alten Bundesländern. Die Zahlen 8,2 in 2000 und 7,7 in 2001 belegen dies.

Obwohl die Zahl der **Sterbefälle** im Saarland in den Jahren zwischen 1990 und 2001 von 12 842 auf 12 316 insgesamt um 4,1 Prozent zurückgegangen ist, bewegt sie sich dennoch - verglichen mit anderen alten Bundesländern - in den letzten Jahren mit 11,9 Gestorbenen pro 1 000 Einwohner in 1990 und 11,5 in 2001 gleichbleibend auf einem relativ hohen Niveau. Grund hierfür ist die generelle Überalterung der saarländischen Bevölkerung, die sich in einem überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung aus-

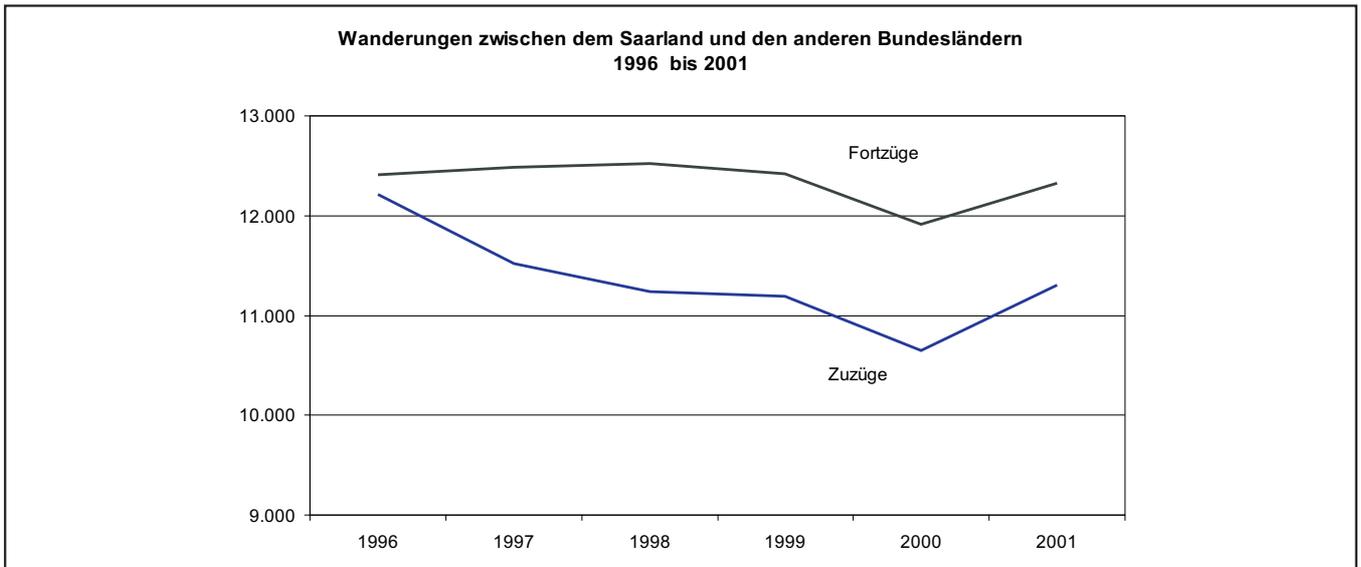
drückt. In Folge dieser natürlichen Bevölkerungsentwicklung trifft der bundesweit zu beobachtende Bevölkerungsrückgang das Saarland besonders stark.

Parallel zum Rückgang der Bevölkerungszahlen wird sich auch ein Rückgang der **Bevölkerungsdichte** einstellen. Da der Verdichtungsraum und die Städte überproportional an den Sterbeüberschüssen teilhaben (2001: Stadtverband 12,5; Landkreis Neunkirchen 12,3 Gestorbene auf 1 000 Einwohner bei 11,5 im Saarland), sinkt ihr Bevölkerungsanteil stärker; man spricht von passiver Disurbanisierung.

Bei der Beobachtung und Analyse der Veränderung der Einwohnerzahl kommt neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung, d.h. Geburten und Sterbefällen, der räumlichen Bevölkerungsbewegung, den **Wanderungen** (Migration), eine zentrale Bedeutung zu. Spiegeln doch die Wanderungen u.a. auch die Attraktivität eines Landes wieder. So werden die Bundesländer zu den Gewinnern bei den Wanderungen gehören, die zukunftsorientierte Arbeitsplätze, gute Schulen und Hochschulen und gute Infrastrukturen in den Gemeinden anbieten. Die Ergebnisse der Wanderungst Statistik sind deshalb eine unentbehrliche Grundlage für die Raumordnungs- und Regionalpolitik.

Die Landesplanung und die Regionalpolitik im Saarland müssen folgende Zahlen hellhörig machen: Im Jahr 2001 haben 12 325 Personen das Saarland verlassen und sind in andere Bundesländer gezogen, während nur 11 307 Personen eine neue Heimat im Saarland gefunden haben (**Binnenwanderung**). Damit ist die Wanderungsbilanz zwischen dem Saarland und den übrigen 15 Bundesländern mit 1 018 Personen im Minus. Diese negative Entwicklung des Wanderungssaldos liegt bereits seit vielen Jahren über der Tausend-Personen-Grenze.

Analysiert man nun die Wanderungsgewinne und -verluste in den einzelnen Altersklassen, so stellt man fest, dass sich im



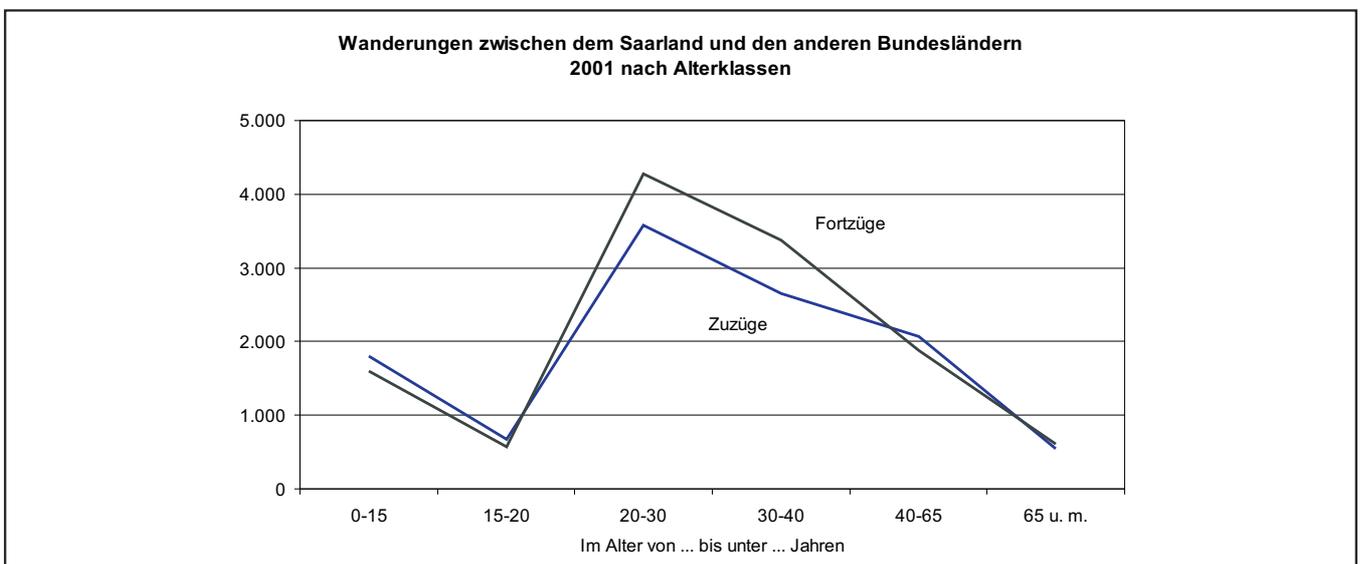
Jahr 2001 die Verluste insbesondere bei den 20- bis 40-Jährigen zeigen. In der längerfristigen Betrachtung stehen bei den Altersgruppen der 20- bis 40-Jährigen schon seit vielen Jahren negative Vorzeichen in der Wanderungsbilanz. Was bedeutet dies für unsere Land? Junge Menschen im studier- oder erwerbsfähigen Alter verlassen unser Land, um in anderen Bundesländern zu studieren und zu arbeiten. Allein im vergangenen Jahr sind 1 435 Personen in dieser Altersklasse mehr aus dem Saarland weggezogen als zugezogen. Diese über Jahre zu beobachtende Entwicklung bedeutet für das Land weniger Studierende, weniger qualifizierte Arbeitskräfte, weniger Steuer- und Abgabenzahler und vor allem weniger Innovationskraft. Aber auch die Folgen für das Sozialgefüge sind verheerend, da Personen im "besten" Alter das Land verlassen. Besonders dramatisch ist der "Aderlass" bei den 25- bis 35-Jährigen. Hauptgrund für die Fortzüge dürfte das bessere Arbeitsplatz-

angebot in anderen Bundesländern sein. Man weiß, dass eine positive Entwicklung des Arbeitsplatzangebots ein Indikator für überdurchschnittliche Wanderungsgewinne ist.

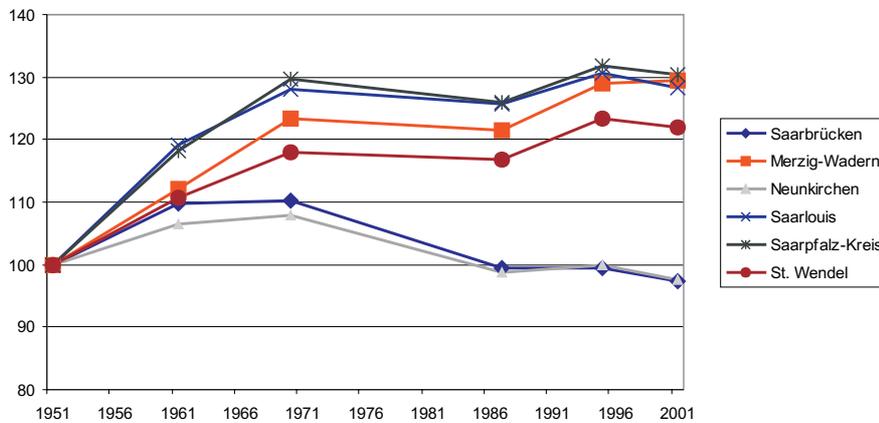
Zwischen dem Saarland und dem Ausland gab es im Jahr 2001 einen positiven Wanderungssaldo von 2 905 Personen (**Außenwanderung**). 7 790 Zuzügen von Deutschen und Ausländern aus dem Ausland standen 4 885 Fortzügen ins Ausland gegenüber. In allen Alterklassen konnten positive Wanderungsbilanzen ermittelt werden.

Der positive Wanderungssaldo über die Bundesgrenze resultiert im Saarland aus dem Wanderungsplus bei den Ausländern. So zogen letztes Jahr 3 006 Personen mehr ins Saarland zu als fort.

Bei den Wanderungszahlen der Deutschen über die Bundesgrenze ist die Bilanz negativ: 101 Personen mehr sind aus dem Saarland weggezogen als hinzugekommen sind. Betrof-



**Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen des Saarlandes
1951 = 100**



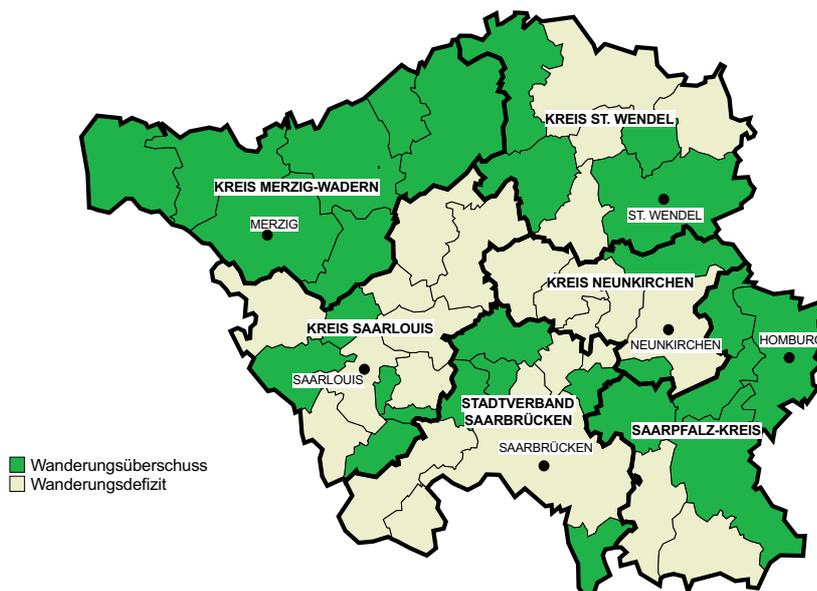
fen sind hauptsächlich die Altersjahrgänge der 20- bis 40-Jährigen. Die meisten Fortgezogenen, 1 110 von 1 779, haben einen neuen Wohnsitz in Frankreich gefunden und behalten oftmals ihren Arbeitsplatz im Saarland bei. Unter ihnen waren 538 Personen zwischen 20 und 40 Jahren und 881 zwischen 20 und 60 Jahren. Hier spielen steuerliche und Kostengründe (Haus, Grundstück) eine entscheidende Rolle.

Aus der Pendlerstatistik ist bekannt, dass am 30.6.2001 von den 25 847 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einpendler aus Frankreich ins Saarland 6 040 (23,4 %) Deutsche waren.

Im Saarland ist ein Suburbanisierungsprozess festzustellen, der starke regionale Differenzierungen aufweist. Unter Suburbanisierung ist in diesem Zusammenhang die intraregionale Wanderung zwischen Kernstädten und ihrem Umland zu verstehen, die per Saldo zu einem Bedeutungsgewinn des Umlandes bzw. der Randzonen des Verdichtungsraumes und zu einem Bedeutungsverlust der Kernstädte bzw. der Kernzone des Verdichtungsraumes führt.

Aber auch auf den höheren Regionaleinheiten wie Stadtverband/Landkreis und Stadt/Gemeinde sind unterschiedliche

Wanderungen zwischen den saarländischen Gemeinden 2001



Tendenzen in den Wanderungsbewegungen festzustellen. So gehörten 2001 der Landkreis Saarlouis und der Stadtverband Saarbrücken bei den Wanderungen zwischen den saarländischen Kreisen und Gemeinden zu den Wanderungsverlierern, wohingegen der Landkreis Merzig-Wadern zu den Gewinnern zählte. Aber auch im Stadtverband Saarbrücken gibt es starke Unterschiede. So zählt insbesondere die Gemeinde Riegelsberg, 10 km von der Stadt Saarbrücken entfernt, in den letzten Jahren zu den Wanderungsgewinnern.

In den vergangenen sechs Jahren haben im Saarland nur noch 14 Gemeinden an Einwohnern hinzugewonnen. Den stärksten Bevölkerungsanstieg wies Riegelsberg mit + 3,7 % auf. An zweiter Stelle folgt Mettlach mit einer Steigerung von 3,6 Prozent gegenüber 1995.

Betrachtet man die Kreise des Landes, so ist nur im Landkreis Merzig-Wadern seit 1995 trotz rückläufiger Entwicklung auf Landesebene eine Bevölkerungszunahme, und zwar von 0,2 Prozent, festzustellen. Der Landkreis Merzig-Wadern und die Gemeinde Riegelsberg haben auch die größten Zuwachsraten unter den Kreisen bzw. Gemeinden bei den unter 20-Jährigen. Weiter ist festzustellen, dass der Anteil der Altersgruppe der über 65-Jährigen insbesondere im Landkreis Merzig-Wadern mit 17,1 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt mit 17,8 % lag.

3. Auswirkungen auf die Bevölkerungspyramide

Die Entwicklung bei den Wanderungen, Geburten und Sterbefällen hat den Altersaufbau der saarländischen Bevölkerung kontinuierlich verändert. Dies zeigt sich schon beim Vergleich der Alterspyramiden der Jahre 1990 und 2001.

Auffällig ist dabei zunächst, dass der Anteil der unter 5-Jährigen um 0,9 Prozentpunkte zurückgegangen ist, bei den Jungen um 1,0 und bei den Mädchen um 0,8 Prozentpunkte. Auch absolut verringerten sich die Besetzungszahlen dieser Altersklassen. Bei den Jungen um rund 5 567 und den Mädchen um rund 4 851. Die Erklärung hierfür liegt in der negativen Geburtenentwicklung in den letzten Jahren aufgrund des starken Rückgangs bei den Frauen im gebärfähigen Alter, insbeson-

dere bei denen zwischen 20 und 30 Jahren. In der Klasse der unter 20-Jährigen (einschließlich der unter 5-jährigen) insgesamt betrachtet waren noch Zunahmen zu verzeichnen, sowohl bei der männlichen als auch bei der weiblichen Bevölkerung stiegen die Anteile um 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte, die absolute Zunahme betrug 189 bzw. 376 Personen. In der mittleren Alterklasse der 20 bis unter 60-Jährigen ist dagegen ein starker Verlust auszumachen. Der Anteil der männlichen Bevölkerung ging um 5,6 und der Anteil der weiblichen Bevölkerung um 3,7 Prozentpunkte zurück, was mit einem absoluten Rückgang von 29 456 Personen bei den Männern und 23 736 bei den Frauen einher ging. Wie es nicht zuletzt auf Grund der leicht rückläufigen Sterblichkeit zu erwarten war, nahm der Anteil der über 60-Jährigen bei den Männern um 5,6 und bei den Frauen um 3,5 Prozentpunkte zu. Damit erhöhten sich die Zahlen in dieser Alterklasse bei den Männern um rund 28 668 und bei den Frauen um 17 460 Personen.

Der Jugendlastquotient, bei dem die Zahl der Personen unter 20 Jahren auf die Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren bezogen wird, erhöhte sich in den vergangenen 10 Jahren von 33,6 auf über 37 %. Gleichzeitig erhöhte sich auch der Altenlastquotient, das ist die Relation der Zahl der Personen über 60 Jahre zu der Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren, deutlich von 37 auf über 47 % und der Gesamtlastquotient - die Summe aus den beiden genannten Quotienten - von 70,5 auf 84,3 Prozent.

Jugendlast- und Altenlastquotient sind ein Maß dafür, inwieweit die jüngere oder die ältere Generation die mittlere Generation - das ist üblicherweise die, die im Erwerbsleben steht - "belastet".

4. Problemfelder

Die dargestellte Situation und die aufgezeigten Trends zur Bevölkerungsentwicklung haben vielfältige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Auswirkungen, auch Auswirkungen auf die Umwelt sowie auf die Raum- und Siedlungsstruktur, die im Folgenden kurz angerissen werden.

Demographische Prozesse als Herausforderungen

Prozesse des demographischen Wandels	Begriffe von Stadt		
	Stadt als Wirtschafts-/ Lebensraum	Gebaute Stadt	Politische Stadt
Schrumpfung	Arbeitskräfterrückgang	Leerstände	Sinkende Finanzkraft
Alterung	Produktivität Gesundheitssystem	Nachfrage nach altem- gerechten Angeboten	Neue Prioritäten
Vereinzelung	Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Wohnfläche/Kopf	Politische Beteiligung
Heterogenisierung	Disparität Desintegration	Segregation	Politische Beteiligung Polarisierung

Prof. Heinrich Mäding; Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.

Gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Auswirkungen

Gesellschaftliche Veränderung

Die altersstrukturelle Veränderung der Gesellschaft, verbunden mit der Abnahme des Anteils von Personen im erwerbsfähigen Alter, führt zunehmend zu einer Destabilisierung der Sozialsysteme, wie z.B. Altersversorgung, Rentenversicherung, Pensionen, Gesundheitswesen (Krankenkassenbeiträge, Pflegeversicherung etc.) und Arbeitslosenversicherung. Diese Sozialsysteme basieren im Wesentlichen auf dem Umlagesystem, d.h. die Zahlungen dieser Systeme an die Leistungsempfänger werden umgelegt auf die Beitragszahler. Da sich die Beiträge auf das Arbeitseinkommen beziehen, kommt es bei den zu erwartenden, mit der altersstrukturellen Veränderung der Gesellschaft verbundenen Abnahme des Erwerbspersonenanteils - systembedingt - zu Finanzierungsproblemen: Einerseits geht die Zahl der Beitragszahler zurück, andererseits vergrößert sich die Zahl der Leistungsempfänger. So bedeutet eine steigende Lebenserwartung eine größere Zahl von Rentenempfängern, eine längere Rentenbezugsdauer sowie potenziell mehr Ausgaben für Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Politische Veränderungen

Die relative Abnahme der saarländischen Bevölkerung gegenüber den anderen (alten) Bundesländern führt zu einer Reduzierung aller von der Bevölkerungszahl abhängigen Transferzahlungen (z.B. durch die Änderung des Bevölkerungsschlüssels und der damit verbundenen Finanzaufwendungen). Mit dem Rückgang der Bevölkerungszahlen geht auch das Steueraufkommen zurück und führt bei den Gemeinden zu schwerwiegenden finanz- und haushaltspolitischen Problemen sowie letztendlich zu finanzpolitischen Abhängigkeiten.

Soziale Veränderungen

Soziale Segregation und regionale Disparitäten durch altersstrukturelle Veränderungen und Wanderungsbewegungen sind zu erwarten: Es ist mit einer lokalen Konzentration von Senioren und sozial benachteiligten Gruppen (z.B. Ausländer) zu rechnen, was in den betroffenen Orts- und Stadtquartieren zu Problemen führen kann. Teilweise kommt es zu einer einseitigen und damit problematischen Infrastrukturauslastung sowie zu Wohnungs- und Gebäudeleerständen, teilweise erwachsen berufliche und soziale Integrationsprobleme. Dieses Problembündel führt in der Summe zu weiteren Abwanderungsbewegungen insbesondere seitens junger Menschen und junger Familien inländischer Herkunft. Senioren haben - verbunden mit dem Anstieg der Lebenserwartung - nach dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit einen immer länger werdenden Lebensabschnitt vor sich. Für diesen Lebensabschnitt müssen geeignete Rahmenbe-

dingungen geschaffen werden, die den Senioren den Verbleib in der sozialen Integration der Gesellschaft erleichtern (infrastrukturelle Maßnahmen, soziale Dienstleistungen, Kultur-, Freizeit- und Bildungsangebote). Auch eröffnet sich im Bereich der Sozialdienste eine Problemsituation bereits heute dadurch, dass den Pflegediensten immer weniger Zivildienstleistende zur Verfügung stehen, um immer mehr ältere Menschen zu pflegen ("Pflegenotstand").

Kulturelle Veränderungen

Mit der Alterung der Gesellschaft schwindet deren endogene Innovationsfähigkeit und es besteht die Gefahr, dass das gesellschaftliche und kulturelle Leben keine neuen Impulse erhält und die Gesellschaft kulturell und mental "vergreist".

Wirtschaftliche Auswirkungen

Bruttoinlandsprodukt

Die negative Bevölkerungsentwicklung und die altersstrukturellen Veränderungen bewirken Verschiebungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Änderungen in der Konsum-, Produktions- und Dienstleistungsstruktur. Dies bedeutet letztlich ein Rückgang der Käuferzahl für den Binnenmarkt und damit tendenziell ein geringeres Kaufkraftaufkommen. Zwar kann das Konsumverhalten nicht exakt quantifiziert werden, doch ist davon auszugehen, dass Güter und Dienstleistungen des allgemeinen und speziellen Bedarfs insgesamt weniger nachgefragt werden und sich die Nachfrage verstärkt an den Bedürfnissen älterer Bevölkerungsschichten orientieren wird. Dadurch ändert sich zwangsläufig auch die Produktions- und Dienstleistungsstruktur. Überlagert werden diese Veränderungstendenzen durch wachsende regionale Ungleichgewichte im Konsumverhalten aufgrund der regional differenzierten Bevölkerungs- und Altersstrukturentwicklung mit der Folge, dass florierende Regionen sich weiter stabilisieren und ohnehin benachteiligte Regionen weiter zurückfallen. Daneben ist eine rückläufige Nachfrage im Bereich Bau- und Immobilienwirtschaft sowie am Wohnungsmarkt zu erwarten mit der Folge von Wohnungsleerständen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der drastische Rückgang der Zahl junger Menschen zwischen 30 und 40 Jahren. Dadurch verringert sich die Anzahl derer, die in der Vergangenheit den Hauptanteil der Neubauproduktionen auf dem Wohnungssektor getragen haben. Ein Indiz hierfür ist die im Jahr 2001 gegenüber dem Jahr 1995 um 30,4 % zurückgegangene Zahl von Genehmigungen für Wohngebäude insgesamt, der Rückgang um 64,3 % bei der Genehmigung von Wohnungen in neuen Gebäuden sowie ein Minus um 50,8 % bei der genehmigten Wohnfläche. Im gleichen Zeitraum war auch eine Abnahme der Fertigstellungszahlen für Wohngebäude insgesamt um 24,6 % sowie für Wohnungen in neuen Gebäuden um 54,9 % zu beobachten.

Veränderte Erwerbsstruktur

Nach der Bevölkerungsprognose wird die Zahl der 20- bis 60-Jährigen im Saarland von derzeit 580 Tsd. auf unter 380 Tsd. im Jahr 2050 zurückgehen. Dies bedeutet einen drastischen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen sowie einer gleichzeitig zunehmenden Überalterung. Langfristig wird die Mehrzahl der Arbeitskräfte über 45 Jahre sein. Zwar bewirkt dies und die Tatsache, dass immer mehr ältere Arbeitslose das Rentenalter erreichen, potenziell einen generellen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine Entspannung im Sektor der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Jedoch bleibt abzuwarten, in welcher Dimension sich diese tendenzielle Arbeitsmarktentspannung vollzieht und ob im Hinblick auf die altersstrukturelle Verschiebung auf dem Arbeitsmarkt der bereits jetzt zu beobachtende Fachkräftemangel, insbesondere in den neuen IT-orientierten Berufsfeldern, kompensiert werden kann oder sich sogar verschärft. Auch ist eine Expansion von Berufen im Bereich des Gesundheitssektors und der Pflege- und Heilberufe (Altenpflege) zu erwarten, aber auch andere Berufszweige insbesondere im Bildungswesen (Kinderbetreuung und Lehrberufe), Öffentlichen Dienst sowie Bauwesen sind von diesen Veränderungstendenzen betroffen.

Auslastung der gesundheitsbezogenen, sozialen, kulturellen, kirchlichen und Bildungsinfrastruktur

Aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung und der Verschiebung der Altersstruktur zugunsten älterer Jahrgänge wird eine verstärkte Nachfrage nach seniorenbezogener Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Alten- und Pflegeheime zu verzeichnen sein. Nach Schätzung des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe werden in 50 Jahren bereits doppelt so viele Hochbetagte in Heimen leben wie heute. Dabei wird die Alterung der Gesellschaft zu einem drastischen Anstieg der Pflegebedürftigkeit führen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bundesweit von 1999 bis 2050 um 145 % (von 1,9 Mio. auf 4,7 Mio.) steigen. Berücksichtigt man die Tatsache, dass im Saarland im Vergleich zu anderen Regionen der Bundesrepublik überproportional viele alte Menschen leben und bereits Anfang des Jahres 2000 im Saarland rund 2,5 % der Bevölkerung pflegebedürftig waren, zeigt sich, dass die Nachfrage im Bereich der seniorenbezogenen Gesundheitsinfrastruktur noch erheblich zunehmen wird. Dagegen wird die Auslastung von geburtsbezogenen Gesundheitseinrichtungen (Geburtskliniken und -stationen etc.) und Erstbildungseinrichtungen wie etwa Kindergärten und -horte, Schulen, nachfolgend auch von Hochschulen sowie anderen schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen zurückgehen. Während die Zahl der Kinder in

Kindergärten bis 1998 bis zum Höchststand von 34 719 kontinuierlich anstieg, ging die Zahl 1999 auf 33 696 und im Jahr 2002 auf 32 795 zurück. Im Grundschulbereich ist die Schülerzahl bereits im fünften aufeinander folgenden Jahr rückläufig. Mit 41 402 Schülern wurden 1 317 Schüler im Schuljahr 2002/03 weniger gezählt als im Schuljahr 2001/02 (- 3,1 %). Auch an den allgemein bildenden Schulen insgesamt reduzierte sich die Schülerzahl im Schuljahr 2002/03 nach 2001/02 und 2000/01 weiter auf nunmehr 118 713. Dass sich die Auslastung der Vorschul- und Erstbildungseinrichtungen auch künftig nicht verbessern wird, zeigen die Werte der Bevölkerungsprognose. Mit dieser demografischen Entwicklung verbunden ist weiterhin eine zu erwartende geringere Auslastung von

- sozialen Einrichtungen wie Jugendzentren,
- kulturellen Einrichtungen wie Kinos, Bibliotheken, Kulturzentren, Bürgerhäuser, Veranstaltungshallen, Theater, Museen,
- kirchlichen Einrichtungen wie Pfarrzentren/Kirchen sowie von
- Einrichtungen für sportliche Zwecke wie Sport- und Tennisplätze, Sport- und Mehrzweckhallen, Schwimmbäder und -hallen, Golfplätze.

Allerdings ist die Auslastung dieser Infrastruktureinrichtungen auch sehr stark vom Freizeit- und Nutzerverhalten abhängig, so dass die tatsächliche Wirkung einer tendenziellen Minderauslastung infolge der negativen Bevölkerungsentwicklung und der Verschiebung der Altersstruktur nicht sicher prognostiziert werden kann. Beispielsweise ist entgegen dem geschilderten Trend zu beobachten, dass immer mehr Senioren die Hochschulen als Zweit- oder Weiterbildungseinrichtungen nutzen.

Auslastung der Verwaltungsinfrastruktur

Eine tendenziell geringe Nachfrage nach Verwaltungsinfrastrukturen zieht eine räumliche und fachliche Konzentration von Dienststellen im Sinne einer Verschlinkung der Verwaltung nach sich, die letztlich zu einer Schließung von Zweigstellen und damit oftmals zu einem Personalabbau führt. Durch Schließung von Zweigstellen müssen Dienstleistungsnutzer i.d.R. längere Wegestrecken in Kauf nehmen. Durch den zunehmenden Einsatz elektronischer Medien und die damit verbundene ubiquitäre Zugangsgewährleistung kann die größere Raumdistanz jedoch zumindest teilweise kompensiert werden (z.B. e-Government).

Auslastung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Aufgrund der altersstrukturellen Bevölkerungsentwicklung und der damit verbundenen steigenden Zahl autoimmobiler Senioren ist eigentlich eine höhere ÖPNV-Auslastung zu er-

warten. Jedoch zeichnen sich - insbesondere aufgrund der ungebrochenen Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs und aufgrund zurückgehender Schülerzahlen - trotz generell zu erwartender Steigerung der Personenverkehrsleistung weitere Rentabilitätsverluste beim ÖPNV ab. Der weitere Rückgang der Gesamtnutzerzahl - insbesondere der beförderten Schüler - kann auch durch die tendenziell steigende Zahl ÖPNV-nutzender Senioren nicht kompensiert werden. In der Folge sind weitere Linienausdünnungen bzw. Streckenstilllegungen insbesondere im ländlichen Raum zu erwarten, die zu einem Rückzug des ÖPNV aus der Fläche und damit zu einer insgesamt schlechteren Erreichbarkeit und zu einem weiteren Attraktivitätsverlust führen können. Zudem ist langfristig mit einem entsprechenden Personalabbau bei den ÖPNV-Betreibern zu rechnen.

Ver- und Entsorgungsinfrastruktur

Der Trend zur Reduzierung des **Wasserverbrauchs** infolge der Sensibilisierung für Umweltbelange, technischer Verbesserungen und umweltrechtlicher Vorgaben sowie die aus diesem Trend resultierenden Konsequenzen für die Wasseraufbereitung und den Wasserpreis einerseits und der Trend zur Reduzierung der Abwassermengen sowie die damit verbundenen Folgewirkungen auf die Leitungsnetze, Kläranlagen und Abwassergebühren andererseits werden sich weiter fortsetzen. Verbrauchten die Saarländer 1991 noch 126 Liter Trinkwasser pro Kopf und Tag, so waren dies 1998 bereits 4,8 % oder ca. 6 Liter weniger.

Die Steigerungsraten für den **Energieverbrauch** und für die Nutzung der **Telekommunikationsnetze** werden langfristig geringer ausfallen. Momentan ist jedoch eine Steigerung des Energieverbrauchs bzw. der Nutzung der Telekommunikationsnetze zu verzeichnen. So stieg bspw. der saarländische Stromverbrauch zwischen 1999 und 2001 um 2,6 %. Auch wenn hier keine aktuellen Zahlen vorliegen, ist im Saarland eine Tendenz zur Reduzierung der anfallenden **Abfallmengen** insgesamt zu beobachten, was sich wiederum auf die Müllverbrennungs- und Deponierungskapazitäten sowie die Müllgebühren auswirkt. Gleiches gilt für das Müllaufkommen pro Kopf der Bevölkerung: Fielen 1987 noch 0,435 t Haus- und Sperrmüll je Einwohner an, so reduzierte sich dieses Abfallaufkommen bis 1993 um 18,9 % auf 0,353 t Haus- und Sperrmüll.

Allerdings ist auch hier zu unterstellen, dass das Nutzerverhalten und umweltpolitische Vorgaben die künftigen Entwicklungen im Bereich der leitungsgebundenen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie im Bereich Abfallwirtschaft weitaus stärker beeinflussen werden, als dies durch den Bevölkerungsrückgang alleine zu erwarten ist. Mögliche, mit dem Bevölkerungsrückgang verbundene Positivwirkungen sind daher nur sehr schwer abschätzbar.

Auswirkung auf die Raum- und Siedlungsstruktur

Raum- und Siedlungsstruktur

Die Alterung der Bevölkerung weist eine Reihe von Besonderheiten in ihren demografischen Strukturen auf, die wiederum Einfluss auf die Raum- und Siedlungsstruktur haben. Dazu zählen neben Geschlechterrelation (hoher Frauenüberschuss), dem Familienstand (hoher Verwitwetenanteil) und der Familienstruktur (hoher Anteil von Ein- und Zweipersonenhaushalten) auch die räumliche Verteilung. Dabei zeigt sich, dass die Wohnstandorte alter Menschen insbesondere auf die Kernstädte der Verdichtungsräume sowie auf die Ortsmittelpunkte der Gemeinden im ländlichen Raum konzentriert sind. Überdies ist der Trend zu erkennen, dass die steigende Lebenserwartung den älteren Menschen erlaubt, ihren selbständigen Haushalt länger aufrecht zu erhalten. Kurz- bis mittelfristig ist jedoch damit zu rechnen, dass auch und gerade in den Wohnstandorten alter Menschen (Kernstädte der Verdichtungsräume, Ortsmittelpunkte ländlicher Gemeinden) mit vermehrten Wohnungs- und Gebäudeleerständen und den damit verbundenen negativen Folgewirkungen zu rechnen ist.

Aufgrund der Reduzierung der Siedlungsflächennachfrage sowie der langfristigen Abschwächung des Trends zur Suburbanisierung und Dispersion sowie des Zusammenwachsens von Agglomerationsräumen zu bandartig verdichteten Siedlungsstrukturen ist langfristig eine Verringerung des Nutzungsdrucks auf Raum und Boden zu erwarten. Gegenwärtig jedoch stuft die Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) das Saarland als "hochverdichteter Agglomerationsraum" ein, wobei der Stadtverband als "Kernstadt", die Landkreise Saarlouis, Neunkirchen und der Saarpfalz-Kreis als "hochverdichtete Kreise" sowie die Landkreise Merzig-Wadern und St. Wendel als "verdichtete Kreise" charakterisiert werden. Kurz- bis mittelfristig wird die Suburbanisierung trotz insgesamt rückläufiger Bautätigkeit jedoch insgesamt anhalten. Dabei wächst die Peripherie um den Verdichtungsraum deutlich schneller als der unmittelbare Rand der Kernstädte.

Generell wird sich die Zahl der Wohnungsleerstände insbesondere in den Altortskernen des ländlichen Raumes und in den Innenstädten des Verdichtungsraumes erhöhen. Trotz insgesamt rückläufiger Wohnungsbautätigkeit wird sich die Wohnungsbaufächennachfrage in der Peripherie des Verdichtungsraumes kurz- bis mittelfristig verstetigen. Der Anteil der Personen, die in Agglomerationen leben, wird zugunsten der verstädterten und der ländlichen Räume sinken. Dahinter steht ein aktiver Disurbanisierungsprozess, hervorgerufen durch Wanderungen von den höher verdichteten in die weniger verdichteten Regionen. Eine weitere, jedoch passive Disurbanisierung findet statt, weil die Agglomerationen überproportional an den Sterbe-

überschüssen teilhaben, weshalb ihr Bevölkerungsanteil ebenfalls sinkt.

Auch aufgrund des selektierenden Effektes von Wanderungsbewegungen in Verbindung mit der Altersstruktur sind in den Kernstädten des Verdichtungsraumes überproportionale Einwohnerverluste zu erwarten. Damit werden die Siedlungskerne weiter geschwächt. Die Folge sind soziale und funktionale Segregationen. Die sozialen Disparitäten innerhalb der Region werden stärker als die Disparitäten zwischen den Regionen. Die innerstädtische Segregation - mit dem Ergebnis der Entstehung benachteiligter Quartiere bzw. sozialer Brennpunkte - verstärkt sich. In diesen Stadtquartieren konzentriert sich die sozial und ökonomisch schwache Bevölkerung sowie ältere Bevölkerungsgruppen immer stärker. Dieser Prozess geht oftmals einher mit der Zuwanderung von einkommensschwächeren und Abwanderung von wohlhabenderen Bevölkerungsschichten in die Randgebiete des städtischen Umlands.

Wohnungsversorgung

Die zurückgehende Nachfrage nach Wohnungen bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung führt langfristig zu einer Entspannung am Baulandmarkt. Der Einbruch bei den Baugenehmigungen für Wohnungen insgesamt von 49,8 % zwischen 1995 und 2000 und von 26,8 % im Jahr 2001 belegen die nachlassende Nachfrage.

Mit Blick auf die Entwicklung der Zahl und Größe der Haushalte sowie die individuelle Wohnflächennachfrage bleibt es

jedoch fraglich, ob dadurch auch die Baulandpreise sinken. Trotz zurückgehender Bevölkerungszahl ist weiterhin mit einer Zunahme der Zahl der Haushalte bei gleichzeitigem Rückgang der Haushaltsgrößen und Belegungsdichten zu rechnen. Allerdings sind Prognosen der Haushaltszahlen und -größen sowie deren Einfluss auf den Wohnungsbau und damit die Wohnungsversorgung wegen der Ungewissheit der künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation sehr unsicher, so dass langfristige Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Wohnungsversorgung nicht hinreichend quantifizierbar sind.

5. Resümee

Die stark zurückgehende und älter werdende Bevölkerung stellt für die Bürger, sowie für Bund, Länder und Kommunen eine enorme Herausforderung dar. Verteilungskämpfe, Konkurrenzsituationen zwischen den Ländern und zwischen den Städten bzw. zwischen Städten und ihrem Umland sind programmiert und bereits im Gange. Staat und Gesellschaft stehen vor einer nie da gewesenen Umbruchsituation.

Ein wachsender Anteil alter Menschen mit immer längerem Lebensabend, immer weniger erwerbstätige Menschen und eine schrumpfende Bevölkerung schaffen an der Saar früher Handlungsbedarf als in den übrigen westlichen Bundesländern.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Karl Schneider

Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum 2002 im Saarland

Trotz einer bundesweiten Konjunkturflaute erzielt die saarländische Wirtschaft seit drei Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten. Im vergangenen Jahr setzte sich das Saarland sogar an die Spitze aller Bundesländer. Woher die Wachstumskräfte kommen, wird in diesem Beitrag zu den aktuellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erläutert.

Die saarländische Wirtschaft hat sich im schwierigen Jahr 2002 gut behauptet. Nach ersten Berechnungen wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab der gesamtwirtschaftlichen Leistung des Saarlandes für das vergangene Jahr auf 25,7 Milliarden Euro veranschlagt. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 2001 eine nominale Steigerung von 3,2 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen ergibt sich ein reales BIP (gemessen in Preisen von 1995) in Höhe von 24,5 Milliarden Euro bei einem realen Wirtschaftswachstum von 1,2 %. Damit hat das Saarland im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Bei unterschiedlichen Verläufen in den einzelnen Bundesländern lag die gesamtdeutsche Veränderungsrate nominal bei 2,0 % und real bei 0,2 % (siehe Tabelle 1).

Dies sind vorläufige Ergebnisse nach Auswertung der aktuellen Wirtschaftsstatistiken durch den Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", dem alle Statistischen Landesämter angehören. Bei dieser Schnellrechnung werden die Konjunkturdaten der ersten zehn Monate auf den vollen Jahreszeitraum hochgerechnet.

Bereits seit dem Jahr 2000 verläuft die Konjunktur im Saarland besser als im Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle 3). Nach einem Abflauen 2001 erwies sich die Saar-Wirtschaft auch im weltwirtschaftlich schwierigen Umfeld des vergangenen Jahres insgesamt als robust und erzielte 2002 erstmals seit Jahren die höchsten Wachstumsraten unter allen Bundesländern. Entscheidende Impulse kamen im Saarland nach wie vor aus dem Verarbeitenden Gewerbe, das hierzulande mit einem strukturellen Gewicht von 24,2 % an der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes immer noch stärker vertreten ist, als dies bundesweit der Fall ist (22,2 %). Eine reale Zunahme der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 1,3 % bringt daher dem Saarland einen komparativen Vorteil gegenüber dem Bundesgebiet, wo dieser Indikator um 0,5 % zurückgegangen ist (siehe Tabelle 2).

Weiterhin günstig entwickelten sich innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes vor allem der Maschinenbau, die Herstel-

lung von Metallerzeugnissen und das Ernährungsgewerbe. Konjunkturstützen waren auch der Großhandel und die wachstumsstarken Bereiche des Dienstleistungssektors. Andere wichtige Wirtschaftszweige konnten sich der bundesweiten Konjunkturschwäche allerdings nicht entziehen und blieben hinter den Erwartungen zurück. Dies gilt im Verarbeitenden Gewerbe für die Stahlindustrie und die Fahrzeugproduktion mit ihren Zulieferern, des weiteren für das Baugewerbe, den Einzelhandel und das Gastgewerbe.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern 2002 (Ergebnisse der 1. Fortschreibung)

Land	Bruttoinlandsprodukt			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1995	
	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %
Baden-Württemberg	309,5	2,1	288,4	0,0
Bayern	370,7	2,3	348,8	0,5
Berlin	77,4	1,3	72,7	-0,7
Brandenburg	44,5	1,7	42,1	-0,2
Bremen	23,1	2,6	21,7	0,9
Hamburg	75,5	2,4	70,4	0,4
Hessen	192,5	2,1	184,6	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	29,8	2,1	28,1	0,2
Niedersachsen	184,1	1,5	171,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	458,5	1,5	429,8	-0,3
Rheinland-Pfalz	93,9	2,7	88,5	1,0
Saarland	25,7	3,2	24,5	1,2
Sachsen	76,1	2,2	71,7	0,1
Sachsen-Anhalt	43,7	2,4	40,8	0,5
Schleswig-Holstein	66,0	2,1	62,4	0,7
Thüringen	41,1	2,2	38,3	0,0
Deutschland	2 112,4	2,0	1 984,2	0,2
Darunter nachrichtlich:				
alte Bundesländer				
ohne Berlin	1 799,7	2,0	1 690,6	0,2
einschließlich Berlin	1 877,1	2,0	1 763,3	0,2
neue Bundesländer				
ohne Berlin	235,3	2,1	220,9	0,1
einschließlich Berlin	312,7	1,9	293,6	-0,1

Tabelle 2: Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes nach Bundesländern 2002
(Ergebnisse der 1. Fortschreibung)

Land	Bruttowertschöpfung					
	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1995		
	Mrd. EUR	Veränderung geg.	Anteil an	Mrd. EUR	Veränderung geg.	Anteil an
		dem Vorjahr			Deutschland	
	%			%		
Baden-Württemberg	90,5	0,3	20,8	82,2	- 2,1	20,5
Bayern	84,4	2,9	19,4	78,4	0,8	19,6
Berlin	8,4	- 2,7	1,9	7,8	- 5,0	1,9
Brandenburg	6,2	5,4	1,4	5,8	3,8	1,5
Bremen	5,2	5,0	1,2	4,7	2,8	1,2
Hamburg	10,3	2,3	2,4	9,0	- 0,6	2,3
Hessen	34,8	2,2	8,0	32,1	0,3	8,0
Mecklenburg-Vorpommern	2,9	5,6	0,7	2,7	3,7	0,7
Niedersachsen	38,7	- 0,5	8,9	35,1	- 2,4	8,8
Nordrhein-Westfalen	88,5	- 0,3	20,4	82,4	- 1,9	20,5
Rheinland-Pfalz	22,0	2,9	5,1	20,7	1,3	5,2
Saarland	5,8	3,1	1,3	5,3	1,3	1,3
Sachsen	12,6	4,6	2,9	12,0	3,2	3,0
Sachsen-Anhalt	6,9	8,7	1,6	6,4	7,3	1,6
Schleswig-Holstein	9,9	2,6	2,3	9,1	0,9	2,3
Thüringen	7,5	6,3	1,7	7,1	4,7	1,8
Deutschland	434,7	1,5	100,0	401,0	- 0,5	100,0
Darunter nachrichtlich:						
alte Bundesländer						
ohne Berlin	390,1	1,2	89,7	359,1	- 0,8	89,6
einschließlich Berlin	398,6	1,1	91,7	366,9	- 0,9	91,5
neue Bundesländer						
ohne Berlin	36,1	5,9	8,3	34,1	4,4	8,5
einschließlich Berlin	44,6	4,2	10,3	41,9	2,5	10,4

Die folgende Tabelle zeigt die neu abgestimmten Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt aufgrund aktualisierter Berechnungen auf Bundes- und Länderebene. In dieser Aufstel-

lung handelt es sich beim Saarland-Resultat für 2001 um die Zahlen aus der so genannten 3. Fortschreibung, die ebenfalls noch als vorläufig gekennzeichnet sind.

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt 1991 bis 2002

Jahr	Saarland		Deutschland	
	Bruttoinlandsprodukt			
	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
	- in jeweiligen Preisen -			
1991	20,4	.	1 502,2	.
1992	21,1	3,5	1 613,2	7,4
1993	20,7	- 2,0	1 654,2	2,5
1994	21,7	5,0	1 735,5	4,9
1995	22,7	4,7	1 801,3	3,8
1996	22,2	- 2,1	1 833,7	1,8
1997	22,7	2,2	1 871,6	2,1
1998	23,2	2,1	1 929,4	3,1
1999	23,7	1,9	1 978,6	2,6
2000	24,4	2,9	2 030,0	2,6
2001	24,9	2,2	2 071,2	2,0
2002	25,7	3,2	2 112,4	2,0
	- in Preisen von 1995 -			
1991	22,6	.	1 710,8	.
1992	22,6	- 0,3	1 749,1	2,2
1993	21,5	- 4,5	1 730,1	- 1,1
1994	22,1	2,6	1 770,7	2,3
1995	22,7	2,8	1 801,3	1,7
1996	22,2	- 2,1	1 815,1	0,8
1997	22,5	1,2	1 840,4	1,4
1998	22,9	1,6	1 876,4	2,0
1999	23,3	1,9	1 914,8	2,0
2000	24,0	3,0	1 969,5	2,9
2001	24,2	0,9	1 980,8	0,6
2002	24,5	1,2	1 984,2	0,2

Berechnungsstand: Februar 2003.

Betrachtet man die Leistung der Saarlöschaft pro Kopf der Bevölkerung bzw. je Erwerbstätigen, so schneidet das Saarland seit jeher deutlich schlechter ab als andere Länder des früheren Bundesgebietes (siehe Tabelle 4). Mit einem realen BIP von 22 992 EUR je Einwohner erreicht es 96 % des gesamtdeutschen Durchschnitts und rangiert in einer Gruppe mit Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am unteren Ende der westdeutschen Skala. Freilich ist dieser Wert wenig aussagekräftig, da er die starken Pendlerströme über die Landesgrenzen nicht berücksichtigt. Allein aus dem grenznahen Frankreich kommen täglich fast 26 000 Beschäftigte zu ihrem saarländischen Arbeitsplatz, ferner mehr als 21 000 aus dem benachbarten Rheinland-Pfalz. Diesem Zustrom von rund 47 000 Einpendlern stehen umgekehrt etwa 17 000 Saarländer gegenüber, die außerhalb des Landes ih-

rem Beruf nachgehen, und zwar überwiegend in Rheinland-Pfalz.

Eine realistischere Kennzahl der wirtschaftlichen Effizienz ist daher das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, in der Darstellung zu konstanten Preisen auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet. Bei dieser Betrachtung kommt das Saarland im Jahr 2002 auf einen Pro-Kopf-Betrag von 48 433 EUR je Erwerbstätigen. Die Zuwachsrate von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr war auch hier die höchste unter allen Bundesländern und verbesserte die Position des Saarlandes auf 94 % des gesamtdeutschen Niveaus. Bei diesem Vergleich rangieren regelmäßig die westlichen Stadtstaaten sowie die strukturell ausgewogeneren und wirtschaftsstarke Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen in der Spitzengruppe.

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt (real) je Einwohner / je Erwerbstätigen nach Bundesländern 2002
(Ergebnisse der 1. Fortschreibung)

Land	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995					
	EUR je Einwohner	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Deutschland = 100	EUR je Erwerbstätigen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Deutschland = 100
	%			%		
Baden-Württemberg	27 132	- 0,7	113	53 814	0,1	105
Bayern	28 229	- 0,1	117	55 543	0,8	108
Berlin	21 441	- 0,9	89	47 314	0,6	92
Brandenburg	16 285	0,2	68	41 252	2,2	80
Bremen	32 772	0,9	136	55 646	1,4	108
Hamburg	40 804	0,2	170	67 382	1,2	131
Hessen	30 343	0,2	126	61 327	0,8	120
Mecklenburg-Vorpommern	16 005	1,1	67	38 864	2,0	76
Niedersachsen	21 518	- 0,2	89	49 301	0,3	96
Nordrhein-Westfalen	23 801	- 0,4	99	51 530	0,4	100
Rheinland-Pfalz	21 844	0,8	91	50 284	1,1	98
Saarland	22 992	1,4	96	48 433	2,4	94
Sachsen	16 413	1,0	68	37 265	1,3	73
Sachsen-Anhalt	15 892	1,8	66	39 977	2,3	78
Schleswig-Holstein	22 207	0,2	92	50 565	1,6	99
Thüringen	15 949	0,8	66	36 626	2,2	71
Deutschland	24 058	0,0	100	51 310	0,8	100
Darunter nachrichtlich:						
alte Bundesländer						
ohne Berlin	25 846	- 0,2	107	53 836	0,6	105
einschließlich Berlin	25 629	- 0,2	107	53 532	0,6	104
neue Bundesländer						
ohne Berlin	16 157	1,0	67	38 543	1,9	75
einschließlich Berlin	17 207	0,6	72	40 396	1,6	79

Bildung

Heiner Bost

Ausbildungsförderung im Saarland 2001 und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren

Knapp über 6 000 Schüler und Studenten haben im Jahre 2001 im Saarland Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten. Das waren fast 15 % mehr als im Jahr davor. Verantwortlich dafür waren verbesserte Rahmenbedingungen, die zum 1.4.2001 in Kraft getreten sind. Von den Schülern erhielten 62 % eine Voll- und 38 % eine Teilförderung. Bei den Studenten war das Verhältnis von Voll- zu Teilförderung umgekehrt, denn lediglich 27 % wurden mit den vollen Bedarfssätzen gefördert.

Der finanzielle Aufwand für die Förderung von Schülern betrug im Jahre 2001 2,7 Mio. Euro und für die studentische Förderung 11,5 Mio. Euro. Der Gesamtaufwand von 14,2 Mio. Euro ist binnen Jahresfrist um 2,8 Mio. Euro bzw. 24 % gestiegen.

Vorbemerkungen

Die Statistik zum Bundesausbildungsförderungsgesetz erfasst Angaben zum sozialen und finanziellen Hintergrund der Geförderten, ihrer Ehegatten und Eltern sowie die Höhe und Zusammensetzung des finanziellen Bedarfs der Geförderten und der errechneten Förderungsbeträge.

Die Angaben kommen in anonymisierter Form von den Landesstellen, die für die Berechnung der Förderbeiträge zuständig sind, zur amtlichen Statistik.

Im Ausbildungsförderungsgesetz wird der Rechtsanspruch auf individuelle Ausbildungsförderung für eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung festgeschrieben, wenn der Auszubildende keine Möglichkeiten hat, die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig aufzubringen.

Die für die Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel tragen der Bund zu 65 % und die Länder zu 35 %.

Der/die Auszubildende muss jedoch eine **förderungsfähige Ausbildungsstätte** besuchen. Gefördert wurde im Berichtsjahr 2001 der Besuch von:

- weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, wenn der Auszubildende nicht bei seinen Eltern wohnt und von der Wohnung der Eltern aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte nicht erreichbar ist.

- Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs, von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, von Berufsfachschulklassen und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem zumindest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z.B. als "Staatlich geprüfter Techniker") vermitteln sowie von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen.

Maßgebend für die Zuordnung sind Art und Inhalt der Ausbildung. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn die Ausbildung an einer öffentlichen Einrichtung - mit Ausnahme nicht-staatlicher Hochschulen - oder einer genehmigten Ersatzschule durchgeführt wird.

Grundlage für die Berechnung der Förderleistungen sind die im Gesetz festgelegten **Bedarfssätze**, die nach der Art der Ausbildungsstätte in vier Gruppen aufgeteilt sind und bei denen zusätzlich danach differenziert wird, ob der Geförderte bei den Eltern oder auswärts wohnt.

Um insbesondere die Entwicklung der Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen, sind die Bedarfssätze alle zwei Jahre zu überprüfen und ggf. anzupassen. Die letzte Anpassung fand im Jahre 2001 statt.

Bei der Überprüfung der Frage, ob und ggf. in welcher Höhe eine Ausbildungsförderung gewährt werden kann, spielt auch das **Einkommen der Eltern** eine wesentliche Rolle, denn der Gesetzgeber geht zunächst davon aus, dass die nach bürgerli-

Bedarfssätze 1992 bis 2001 im früheren Bundesgebiet (Euro je Monat)

Schüler bzw. Studenten von	Wohnung während der Ausbildung	1. Juli 1992 bis 30. Juni 1995	1. Juli 1995 bis 30. Juni 1998	1. Juli 1998 bis 30. Sept. 1999	Ab 1. Oktober 1999
Haupt-, Realschulen, integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, Berufsfachschulen sowie Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt	bei den Eltern ¹⁾	168,73	176,40	178,95	181,51
	nicht bei den Eltern	301,66	314,44	319,56	327,23
Abendhaupt-, Abendreal-, Berufsaufbauschulen und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt	bei den Eltern	301,66	314,44	319,56	327,23
	nicht bei den Eltern	363,02	378,36	386,03	393,69
Abendgymnasien, Kollegs sowie Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt	bei den Eltern	306,78	319,56	324,67	332,34
	nicht bei den Eltern	386,03	401,36	409,03	416,70
Höheren Fachschulen, Akademien, Fachhochschulen, Kunsthochschulen, Universitäten	bei den Eltern	327,23	342,57	347,68	355,35
	nicht bei den Eltern	406,48	424,37	432,04	439,71

1) Förderung nur für Schüler in zumindest zweijährigen Berufsfachschulklassen und Fachschulklassen (ohne abgeschlossene Berufsausbildung).

chem Recht Unterhaltsverpflichteten, also in der Regel die Eltern, für den Unterhalt und die Ausbildung ihrer Kinder verantwortlich sind. Allerdings können bei der Ermittlung des letztlich anzurechnenden Einkommens einige Freibeträge berücksichtigt werden. Je nachdem, ob ein Teil des Einkommens angerechnet wird oder nicht, ergibt sich für Auszubildende eine **Teil- oder eine Vollförderung**.

Die Ausbildungsförderung wird im Schulbereich als **Zuschuss**, beim Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen in der Regel je zur Hälfte als Zuschuss bzw. **Darlehen** gewährt.

Bei der Darstellung der Ergebnisse werden zwei unterschiedliche Bestandszahlen verwendet: Bei der **Gesamtzahl** werden alle geförderten Personen berücksichtigt, unabhängig davon, ob sie während des gesamten Kalenderjahres oder nur für einen bestimmten Zeitraum Leistungen bezogen haben. Dagegen wird zur Berechnung des durchschnittlichen Förderbetrages pro Kopf der durchschnittliche **Monatsbestand** als arithmetisches Mittel aus den zwölf Monatsbeständen herangezogen.

Ergebnisse

Umfang und Art der Förderung

Im Jahre 2001 haben im Saarland knapp über 6 000 Schüler und Studenten Förderleistungen nach dem BAföG erhalten. Dies waren 14,9 % mehr als im Vorjahr, wobei die Zunahme sowohl bei den Schülern (10,6 %) als auch bei den Studenten (16,2 %) erfolgte. Der seit Jahren beobachtete Rückgang der Zahl der Geförderten setzte sich somit nicht mehr fort. Der Anstieg bei den Geförderten ist auf die Verbesserung der Förderbedingungen nach dem Ausbildungsförderungsreformgesetz (AföRG) zurückzuführen, die zum 1.4.2001 in Kraft traten. So sind u.a. die Bedarfssätze erhöht worden, das Kindergeld wird nicht mehr bei der Ermittlung des Anspruchs angerechnet und auch die Freibeträge - das sind die vom Einkommen der Eltern

und der Auszubildenden anrechnungsfrei bleibenden Beiträge - sind angehoben worden.

Seit 1992 hatte die Zahl der geförderten Studenten um 32 % und die Zahl der geförderten Schüler um gut 25 % abgenommen. Der Anteil der Studenten an allen Geförderten blieb in den letzten Jahren bei knapp unter 80 % nahezu konstant. Im Vergleich dazu hatte sich noch 1980 ein völlig umgekehrtes Bild ergeben, als aufgrund einer anderen Rechtssituation - im Jahre 1983 wurde das Schüler-BAföG weitgehend aufgegeben - noch über 10 mal so viele Schüler gefördert wurden als heute und der Anteil der Schüler an allen Geförderten noch über 70 % betragen hat.

Von den 1 383 im Jahre 2001 geförderten Schülerinnen und Schülern erhielten 867 oder 62 % eine Voll- und 38 % eine Teilförderung, wobei auch hier eine starke Veränderung gegenüber früheren Jahren stattgefunden hat: Im Jahre 1992 erhielten lediglich 35 % eine Vollförderung und selbst im Vorjahr betrug der Anteil der voll geförderten lediglich 42 %. Diese Veränderungen sind Ergebnisse von geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen.

Insgesamt wurden 2001 für die finanzielle Unterstützung saarländischer Schüler 2,7 Mio. Euro an BAföG-Mittel aufgewendet und zu 100 % als Zuschuss ausgezahlt. Aufgrund der zweijährlichen Überprüfung und Anpassung ist der durchschnittliche Förderbetrag pro Kopf von 130 im Jahre 1980 über 239 im Jahre 1992 auf 299 Euro im Berichtsjahr 2001 angestiegen.

Von den 4 644 im Jahre 2001 geförderten Studentinnen und Studenten erhielten 1 268 oder 27 % eine Voll- und 3 378 bzw. 73 % eine Teilförderung. Der finanzielle Aufwand von Bund und Land für die studentische Förderung betrug 11,5 Mio. Euro und ist gegenüber dem Vorjahr um 23 % gestiegen. Seit 1992 ist die Verteilung des finanziellen Aufwands für die studentische Förderung auf Zuschüsse und Darlehen mit jeweils rund 50 % nahezu konstant geblieben. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Förderbetrag ist in den letzten 10 Jahren von 241 um 132 Euro bzw. 55 % auf 373 Euro gestiegen.

1 Geförderte und finanzieller Aufwand 1980, 1992 bis 2001

Jahr	Geförderte				Finanzieller Aufwand			Durchschnittl. Förderungsbetrag pro Kopf Euro je Monat
	insgesamt	davon erhielten		durchschnittl. Monatsbestand	insgesamt	davon		
		Vollförderung	Teilförderung			Zuschuss	Darlehen	
Anzahl				1 000 Euro	%			
INSGESAMT								
1980	24 753	11 332	13 421	15 938	31 523	84,9	15,2	165
1992	8 746	2 668	6 078	5 788	19 769	58,6	41,4	285
1993	8 285	2 471	5 814	5 477	19 121	58,6	41,4	291
1994	7 641	2 396	5 245	5 030	17 650	59,0	41,0	293
1995	7 116	2 460	4 656	4 544	16 028	59,8	40,2	294
1996	6 479	2 177	4 302	3 992	14 738	60,6	39,4	308
1997	5 672	1 849	3 823	3 447	12 486	61,4	38,6	302
1998	5 214	1 723	3 491	3 164	11 429	62,2	37,8	301
1999	5 135	1 806	3 329	2 990	11 135	62,5	37,5	310
2000	5 247	1 690	3 557	2 980	11 431	62,5	37,4	320
2001	6 028	2 136	3 892	3 327	14 212	62,5	37,4	356
Schüler								
1980	17 875	8 671	9 204	10 972	17 198	100,0	0,0	130
1992	1 840	650	1 190	1 019	2 929	100,0	0,0	239
1993	1 618	572	1 046	916	2 635	100,0	0,0	239
1994	1 484	638	846	856	2 478	100,0	0,0	241
1995	1 496	728	768	834	2 516	100,0	0,0	251
1996	1 440	649	791	819	2 510	100,0	0,0	255
1997	1 371	580	791	786	2 321	100,0	0,0	246
1998	1 302	548	754	763	2 239	100,0	0,0	245
1999	1 308	568	740	729	2 169	100,0	0,0	248
2000	1 250	531	719	685	2 077	100,0	0,0	253
2001	1 383	867	516	755	2 710	100,0	0,0	299
Studenten								
1980	6 878	2 661	4 217	4 966	14 352	66,9	33,1	241
1992	6 906	2 018	4 888	4 770	16 846	51,4	48,6	295
1993	6 667	1 899	4 768	4 560	16 488	52,0	48,0	301
1994	6 157	1 758	4 399	4 174	15 175	52,3	47,7	303
1995	5 620	1 732	3 888	3 710	13 516	52,4	47,7	304
1996	5 039	1 528	3 511	3 173	12 232	52,5	47,5	321
1997	4 301	1 269	3 032	2 662	10 164	52,6	47,4	318
1998	3 911	1 174	2 737	2 401	9 188	53,0	47,0	319
1999	3 826	1 237	2 589	2 260	8 962	53,4	46,6	331
2000	3 996	1 158	2 838	2 295	9 351	54,3	45,7	340
2001	4 644	1 268	3 376	2 572	11 501	53,6	46,4	373

Geförderte nach Ausbildungsstätten

Der mit Abstand größte Personenkreis der Geförderten im Berichtsjahr waren die Studierenden an der Universität. Ihr Anteil betrug 58 % und ist verglichen mit dem Vorjahr wie im Vergleich zu 1992 um 2 %-Punkte höher.

Die zweitstärkste Gruppe waren die Fachhochschülerinnen und -schüler mit 16 %. Auf die Berufsfachschulen entfielen 10 % und auf die übrigen Ausbildungsstätten, wozu die Einrichtungen des zweiten Bildungswegs zählen, 12,6 % der Geförderten.

Von den im Jahre 2001 voll geförderten 2 136 Schülern und Studenten wohnten 42,8 % bei den Eltern. Das sind über 10 %-Punkte mehr als in den Vergleichsjahren 2000 und 1992. Mit rund 50 % fiel dabei der Anteil der zu Hause wohnenden Schüler aus nahe liegenden Gründen besonders hoch aus, während er bei den Studenten knapp 38 % betrug.

Dagegen nahm der Anteil der Teilgeförderten, die noch im Elternhaus wohnten, sowohl bei den Schülern als auch bei

den Studenten von 52,9 % auf 45,2 % bzw. von 34,3 % auf 22,7 % ab.

Zur Alterstruktur und Staatsangehörigkeit der Geförderten

Ein kurzer Blick auf die Alterstruktur nur der Studierenden verrät, dass gut 44 % der Geförderten zwischen 22 und 25 Jahre alt waren. Unter 20 Jahre waren 2,8 % und über 30 Jahre immerhin noch 5,1%. Diese altersmäßige Verteilung entspricht jedoch nicht der Verteilung der Studenten insgesamt, denn von den knapp über 20 000 Studierenden zu Beginn des Wintersemesters 2001/02 im Saarland waren 12 % unter 20 und sogar 22 % über 30 Jahre alt. In die Altersklasse der 22- bis unter 25-Jährigen fielen dagegen lediglich 26,5 %.

Gut 94 % der Geförderten waren deutsche Staatsangehörige. Ausländer aus EU-Staaten, aus anderen Ländern sowie Staatenlose und asylberechtigte Ausländer machten jeweils 2 % aus.

BEITRÄGE

2 Geförderte und finanzieller Aufwand 1992, 2000 und 2001 nach Ausbildungsstätten und Art der Förderung

Ausbildungsstätte	Jahr	Geförderte		Finanzieller Aufwand					Durchschnittl. Förderungsbetrag pro Person Euro je Monat
		insgesamt	durchschnittl. Monatsbestand	insgesamt	davon		1 000 Euro	%	
					Zuschuss	Darlehen			
Anzahl		1 000 Euro		%		1 000 Euro		%	
Gymnasien	1992	74	47	327	167	100,0	0	0,0	295
	2000	81	48	190	190	100,0	0	0,0	330
	2001	80	48	212	212	100,0	0	0,0	365
Berufsfachschulen ¹⁾	1992	643	392	927	927	100,0	0	0,0	197
	2000	546	311	776	776	100,0	0	0,0	208
	2001	605	360	1 042	1 042	100,0	0	0,0	241
Fachschulklassen, deren Besuch eine Berufsausbildung voraussetzt	1992	99	57	197	197	100,0	0	0,0	289
	2000	119	68	279	279	100,0	0	0,0	342
	2001	133	64	311	311	100,0	0	0,0	404
Fachhochschulen	1992	1 621	1 118	4 105	2 075	50,5	2 031	49,5	306
	2000	869	534	2 114	1 092	51,7	1 022	48,3	330
	2001	962	589	2 563	1 322	51,6	1 242	48,4	363
Universitäten	1992	4 951	3 423	11 951	6 188	51,8	5 763	48,2	291
	2000	2 957	1 646	6 799	3 759	55,3	3 040	44,7	344
	2001	3 486	1 861	8 393	4 566	54,4	3 827	45,6	376
Übrige Ausbildungsstätten	1992	1 358	751	2 424	2 032	83,8	393	16,2	269
	2000	675	374	1 274	1 057	83,0	216	17,0	284
	2001	762	405	1 693	1 426	84,2	267	15,8	349
INSGESAMT	1992	8 746	5 788	19 931	11 586	58,6	8 187	41,4	285
	2000	5 247	2 981	11 432	7 153	62,6	4 278	37,4	320
	2001	6 028	3 327	14 214	8 879	62,5	5 336	37,5	356

1) Einschließlich Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt.

3 Geförderte 1992, 2000 und 2001 nach Wohnung während der Ausbildung und Umfang der Förderung

Personenkreis	Berichts-jahr	Geförderte			Davon erhielten					
		insgesamt	davon wohnten		zusammen	davon wohnten		zusammen	davon wohnten	
			bei den Eltern	nicht bei den Eltern		bei den Eltern	nicht bei den Eltern		bei den Eltern	nicht bei den Eltern
Schüler	1992	1 840	944	896	650	43,8	56,2	1 190	52,9	47,1
	2000	1 251	619	932	532	50,1	49,9	719	49,0	51,0
	2001	1 384	668	716	868	50,1	49,9	516	45,2	54,8
Studenten	1992	6 906	2 250	4 656	2 018	28,3	71,7	4 888	34,3	65,7
	2000	3 996	989	3 007	1 158	24,4	75,6	2 838	24,9	75,1
	2001	4 644	1 247	3 397	1 268	37,9	62,1	3 376	22,7	77,3
INSGESAMT	1992	8 746	3 194	5 552	2 668	32,1	67,9	6 078	38,5	61,5
	2000	5 247	1 608	3 939	1 690	32,5	67,5	3 557	29,8	70,2
	2001	6 028	1 915	4 113	2 136	42,8	57,2	3 892	25,7	74,3

4 Geförderte Studierende 2001 nach Alter und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich	INSGESAMT
unter 20	32	98	130
20 - 21	113	248	361
21 - 22	225	344	569
22 - 23	274	413	687
23 - 24	299	406	705
24 - 25	323	341	664
25 - 26	281	227	508
26 - 27	182	158	340
27 - 28	134	78	212
28 - 29	60	70	130
29 - 30	50	52	102
30 - 31	34	32	66
31 - 32	16	22	38
32 - 33	13	28	41
33 - 34	13	20	33
34 - 35	9	10	19
35 und älter	12	27	39
INSGESAMT	2 070	2 574	4 644

Bildung

Johannes Barth

Kindertageseinrichtungen im Saarland

In der öffentlichen Diskussion auf Landes- wie auf Bundesebene hat das Thema Kinderbetreuung in den letzten Jahren einen beachtlichen Stellenwert erreicht. Belegt wird dies durch den seit 1996 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr. Neben der Betreuung von Kindern im Kindergartenalter kommen aus der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen und deren Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf neue Anforderungen auf die Kindertageseinrichtungen zu. Der Beitrag versucht, die Situation der Kindertageseinrichtungen im Saarland aufgrund der Erhebung vom März 2002 darzustellen.

Vorbemerkung

Das Thema Kinderbetreuung hat in den letzten Jahren landes- und bundesweit in der öffentlichen Diskussion einen beachtlichen Stellenwert erreicht. Eindrucksvoll belegt dies das seit 1. Januar 1996 bestehende Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Es regelt die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Danach sind für Kinder unter drei Jahren und für Kinder im schulpflichtigen Alter "nach Bedarf" Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen vorzuhalten. Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt hingegen haben einen Rechtsanspruch auf den Besuch eines Kindergartens. Dabei sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe darauf hinwirken, dass ein "bedarfsgerechtes" Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht.

Hierzu hat der saarländische Gesetzgeber am 27. März 1996 das dritte Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetz (3. AGKJHG) erlassen. Darin ist auch unter § 3 die statistische Erhebung bei den Kindertageseinrichtungen geregelt.

Die Betreuung von Kindern im Kindergartenalter stellt heutzutage nur einen Ausschnitt aus einem möglichen bzw. erforderlichen Betreuungsangebot für Kinder dar. Neue Anforderungen an ein bedarfsorientiertes Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche ergeben sich vor allem aus der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen und deren Wunsch nach einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Vereinbarkeit spielt für unsere Gesellschaft eine wichtige Rolle. Immer stärker rücken daher auch Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Neben der Betreuung durch Großeltern, Nachbarn, Kinderfrauen oder Au-pairs spielen immer mehr außerfamiliale Betreuungsarrangements eine bedeutende Rolle. Familiäre Betreuungspersonen, z.B. Großmütter, werden künftig in einem

geringeren Ausmaß für Betreuungsaufgaben zur Verfügung stehen. Dies hat seine Gründe darin, dass erwartungsgemäß die Frauenerwerbsquote auch im fortgeschrittenen Alter weiter steigt und die regionale Mobilität junger Familien zunehmen wird.

Bedingt durch die Müttererwerbstätigkeit und die verschiedenen Strukturen der Teilzeitarbeit hat sich das Bild der Kindertageseinrichtung, besonders des Kindergartens, vor allem in den 90er Jahren stark gewandelt. Der Druck auf Träger und Einrichtungen ist gewachsen, dem gesellschaftlichen Wandel allgemein und der Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entsprechen.

Das Saarland hat einen zusätzlichen familienpolitischen Akzent gesetzt durch die zum 1. August 2000 verabschiedeten Änderungen zum Vorschulgesetz. Danach ist das letzte Kindergartenjahr für alle Eltern in Höhe des Regelbeitrags (sechs Stunden Betreuung) gebührenfrei. Zudem wurde der Anteil der freien Träger an den Personalkosten der Kindergärten von 15 auf 13 Prozent gesenkt. Im Gegenzug wurde der Anteil der Kreise von 35 auf 37 Prozent erhöht.

Schon heute ist abzusehen, dass der Bedarf an außerfamilialen Betreuungsformen in Zukunft steigen wird: Immer mehr Kinder wachsen ohne Geschwister auf, der Anteil allein erziehender Eltern nimmt zu, und immer mehr Mütter gehen einer Erwerbstätigkeit nach bzw. streben eine solche an.

Eine weitere Ebene, auf der das Thema Kinderbetreuungsinfrastruktur aufgegriffen wird und die in einem engen Zusammenhang zur arbeitsmarktpolitischen Dimension steht, ist die neue bevölkerungspolitische Diskussion. Mit 1,39 im Bund und 1,26 im Saarland liegt die zusammengefasste Geburtenziffer auf einem Niveau, das dazu führt, dass nur noch etwa zwei Drittel einer Generation im Bund und 60 % im Saarland "ersetzt" werden und damit eine Überalterung der deutschen Gesellschaft auf uns zukommt.

Definitionen

In **Kindertageseinrichtungen** sind Kinder von acht Wochen bis 12 Jahren für einen Teil des Tages oder ganztags untergebracht. Ein Ziel der Tageseinrichtungen ist die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

In **Kindergärten** werden Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt betreut und gefördert.

Kindertagesstätten sind Einrichtungen, in denen Kinder ganztägig betreut werden können.

Kinderkrippen sind sozialpädagogische Einrichtungen, in denen Kinder ab der achten Lebenswoche bis zum dritten Lebensjahr tagsüber pflegerisch und erzieherisch betreut werden.

Kinderhorte sind sozialpädagogische Einrichtungen für Kinder im Grundschulalter bis zu 12 Jahren.

Ergebnisse

Am 1. März 2002 besuchten 32 795 Kinder einen der 467 Kindergärten - diese Zahl lag um 189 Jungen und Mädchen unter der des Vorjahres. In den Kindergärten wurden 34 134 genehmigte Plätze zur Verfügung gehalten.

Mit deutlich steigender Tendenz präsentierten sich die Kinderhorte. In 101 Standorten (+ 16 gegenüber dem Vorjahr) wurden 2 196 Kinder betreut bei einer Platzkapazität von 2 478. 73 Kinderkrippen und Krabbelstuben (+ 5) mit 761 Kindern und einer Kapazität von 823 sowie 8 Einrichtungen für 145 behinderte Kinder runden das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in Einrichtungen ab. Hinzu kommen noch zwei zusätzlich genehmigte Plätze in Nachmittagsgruppen von Kindergärten und 49 in Kinderhorten.

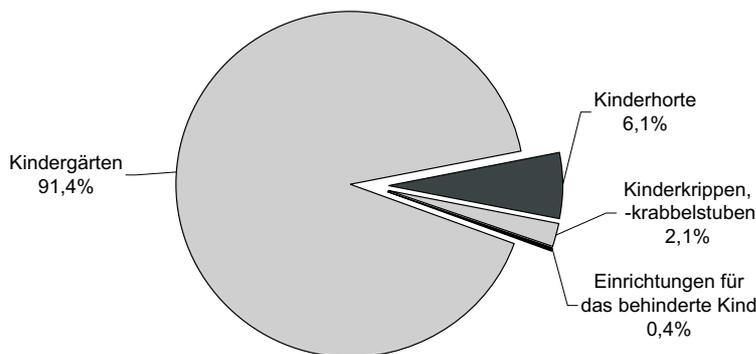
Damit steht im Landesdurchschnitt für jedes Kind im Kindergartenalter ein Platz zur Verfügung. Auch übertrifft statistisch gesehen das Angebot bei den Kinderhorten und Kinderkrippen die Nachfrage, was nicht ausschließt, dass vor allem regionale Engpässe bestehen. Der exakte Bedarf in diesen Einrichtungen ist aus der Erhebung nicht zu ermitteln.

Rückläufige Geburtenraten begünstigen diese Entwicklung und ermöglichen, unter Einsatz freiwerdender Ressourcen, neue Betreuungskonzepte zu realisieren und flexibler auf Betreuungsbedarfe zu reagieren. Aufgrund der problematischen Finanzsituation ist aber zu erwarten, dass der Rückgang der Kinderzahlen dazu benutzt wird Abbaumaßnahmen vorweg zu nehmen.

Schaut man sich die früheren Jahre an, so ist festzustellen, dass die Zahl der Kindergärten seit 1998 bei 467 stagniert und sich seit 1995 auch nicht merklich (+ 15) erhöht hat. Im "Aufwind" sind dagegen die stärker ganztags-orientierten Einrichtungen. So wuchsen die 32 im Jahre 1995 vorhandenen Kinderhorte im Jahr 2000 auf 80 und in 2002 auf 101 Standorte an. In diesen sieben Jahren erhöhte sich die Zahl der betreuten Kinder von 868 auf 2 196. Ähnlich ist auch die Entwicklung bei den Kinderkrippen und Krabbelstuben. Wurden in 1995 noch 37 Einrichtungen mit 506 Kindern gezählt, so erhöhte sich diese Zahl bis 2002 auf 73 mit 761 Kindern.

An diesen Zahlen wird deutlich, wie stark das Angebot im Bereich der Ganztagsbetreuung in jüngerer Zeit gestiegen ist. In vielen Gemeinden des Saarlandes klaffen allerdings auch

Kinder in Kindertageseinrichtungen im Saarland 2002



heute noch Angebot und Nachfrage weit auseinander. Die regionale Verteilung der bestehenden Standorte fällt sehr unterschiedlich aus: Kinderhorte und Kinderkrippen sowie Krabbelstuben finden sich vorrangig im Stadtverband und hier in Saarbrücken und im Saarpfalz-Kreis. Wesentlich kleiner ist dagegen das Angebot im Kreis Merzig-Wadern und im Kreis St. Wendel. Diese Zahlen verdeutlichen aber auch, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse tiefgreifend geändert haben. In vielen Fällen bestehen früher gegebene Betreuungsmöglichkeiten nicht mehr (z.B. Großeltern wohnen nicht in räumlicher Nähe, sind selbst noch berufstätig bzw. haben nur begrenztes Interesse an dieser "Aufgabe"). Zudem existieren durch erhöhte Scheidungsraten, insbesondere im Saarland, wo im Jahre 2001 auf 10 000 Einwohner 29 Scheidungen kamen, weit mehr "unvollständige" Familien (allein erziehende Mütter und Väter). Gleichzeitig will eine steigende Zahl von Frauen ihre erworbenen Schulabschlüsse und beruflichen Qualifikationen auch dann weiter nutzen, wenn sie Kinder haben. Von daher sind Möglichkeiten gefragt, Familie (Kinderbetreuung) und Berufstätigkeit in einen akzeptablen "Einklang" zu bringen. Diese Überlegung setzt sich auch im Schulbereich in der Forderung nach einem verstärkten Ausbau von Ganztagschulen mit Öffnungszeiten über den ganzen Tag fort.

Die Schaffung von Kindertageseinrichtungen unterliegt dem Subsidiaritätsprinzip. Nur wenn sich kein Freier Träger in der Lage sieht ein entsprechendes Angebot zu gewährleisten, sollen die öffentlichen Träger den Platzbedarf sichern. Vielfältig ist die Palette der Kindergartenträger. Bei den 467 Kindergärten rangieren katholische Träger mit 225 Einrichtungen und damit mit einem Anteil von 48 % an erster Stelle, gefolgt von den Städten und Gemeinden mit 120 und den evangelischen Trägern mit 70 Einrichtungen. Außerdem betreiben Verbände, Vereine, Betriebe und Elterninitiativen Kindergärten.

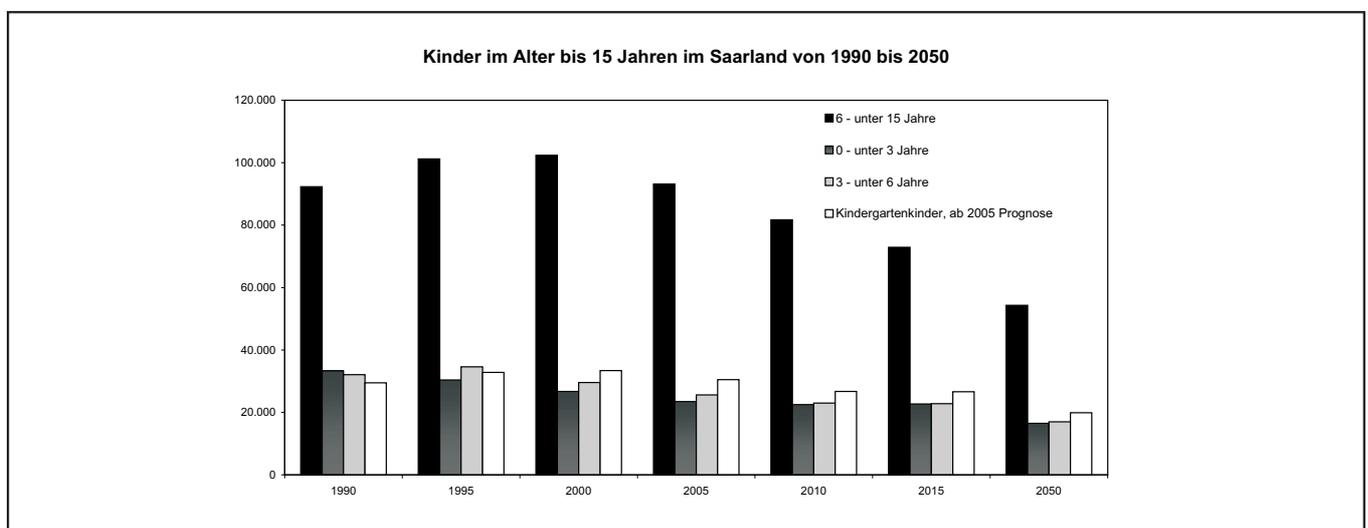
Die 101 Kinderhorte werden schwerpunktmäßig von den Städten und Gemeinden (37) und den katholischen Trägern (26) betreut.

Die Hauptlast der Unterhaltung der 73 Kinderkrippen/Krabbelstuben tragen ebenfalls die Städte und Gemeinden (26) gefolgt von den katholischen Trägern (17) und von Vereinen (16).

Das Betreuungspersonal in den saarländischen Kindertageseinrichtungen setzte sich am 1.3.2002 zusammen aus 2 071 Vollzeitbeschäftigten und 1 926 Teilzeitbeschäftigten. Von den Vollzeitkräften hatten 10 eine Ausbildung als Lehrer/-in, 38 waren Sozialpädagogen/-innen bzw. -arbeiter/-innen, 1 353 Erzieher/-innen und 327 Kinder- bzw. Krankenpfleger/-innen. Die übrigen Betreuer/-innen hatten keinen Abschluss, waren entweder Praktikanten/-innen im Anerkennungsjahr (155) oder nicht ausgebildete Kräfte (188). Die Teilzeitbeschäftigten teilten sich auf in 44 Lehrer/-innen, 17 Sozialpädagogen/-innen bzw. -arbeiter/-innen, 1 164 Erzieher/-innen und 646 Kinder- bzw. Krankenpfleger/-innen, 19 Praktikanten/-innen im Anerkennungsjahr und 36 nicht ausgebildete Kräfte. Damit besaßen 83,4 % des vollzeitbeschäftigten und 97,1 % des teilzeitbeschäftigten Betreuungspersonals einen qualifizierten Abschluss.

Entwicklung des Betreuungsbedarfs

Vonseiten der demografischen Entwicklung dürfte sich die Lage der Kinderbetreuung wegen rückläufiger Kinderzahlen mittelfristig merklich entspannen. Die Zahl der unter 3-Jährigen zeigte in den letzten Jahren bereits einen kontinuierlich rückläufigen Trend und dürfte im Jahr 2015 den Ergebnissen der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zufolge mit 22 700 um rund 3 100 niedriger liegen als 2001 und 10 600 niedriger als 1990. Dies entspricht einem Rückgang um 12 % bzw. 32 %. Ein ähnlich starker Rückgang ist bei den Kindern im



Kindergartenalter zu erwarten. Die Zahl der Kindergartenkinder (3 bis unter 6 Jahren) dürfte bis ins Jahr 2015 auf 22 800 fallen. Das sind 6 300 (22 %) weniger als 2001 und 9 300 (29 %) weniger als 1990. Mit - 28 % gegenüber 2001 (100 800) und - 21 % gegenüber 1990 (92 300) fällt der Bevölkerungsrückgang bei den 6- bis unter 15-Jährigen ebenso wie bei den jüngeren Altersgruppen erheblich ins Gewicht. Dort dürfte die Zahl der Kinder im Jahr 2015 bei rund 72 900 liegen.

Bei der Ermittlung des Bedarfs an Kindergartenplätzen berücksichtigte der Vorschulentwicklungsplan 2000-2002 des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft drei Geburtsjahrgänge ganz und den vierten, in das Kindergartenalter hineinwachsenden Jahrgang, zur Hälfte. Danach ergaben sich folgende Bedarfsermittlungen:

Prognose: 2003: 32 783
 2004: 31 491
 2005: 30 507

 2010: 26 702

Eine vergleichbar präzise Bedarfsermittlung wie für die Kindergärten ist für Kinderkrippen und Kinderhorte nicht möglich.

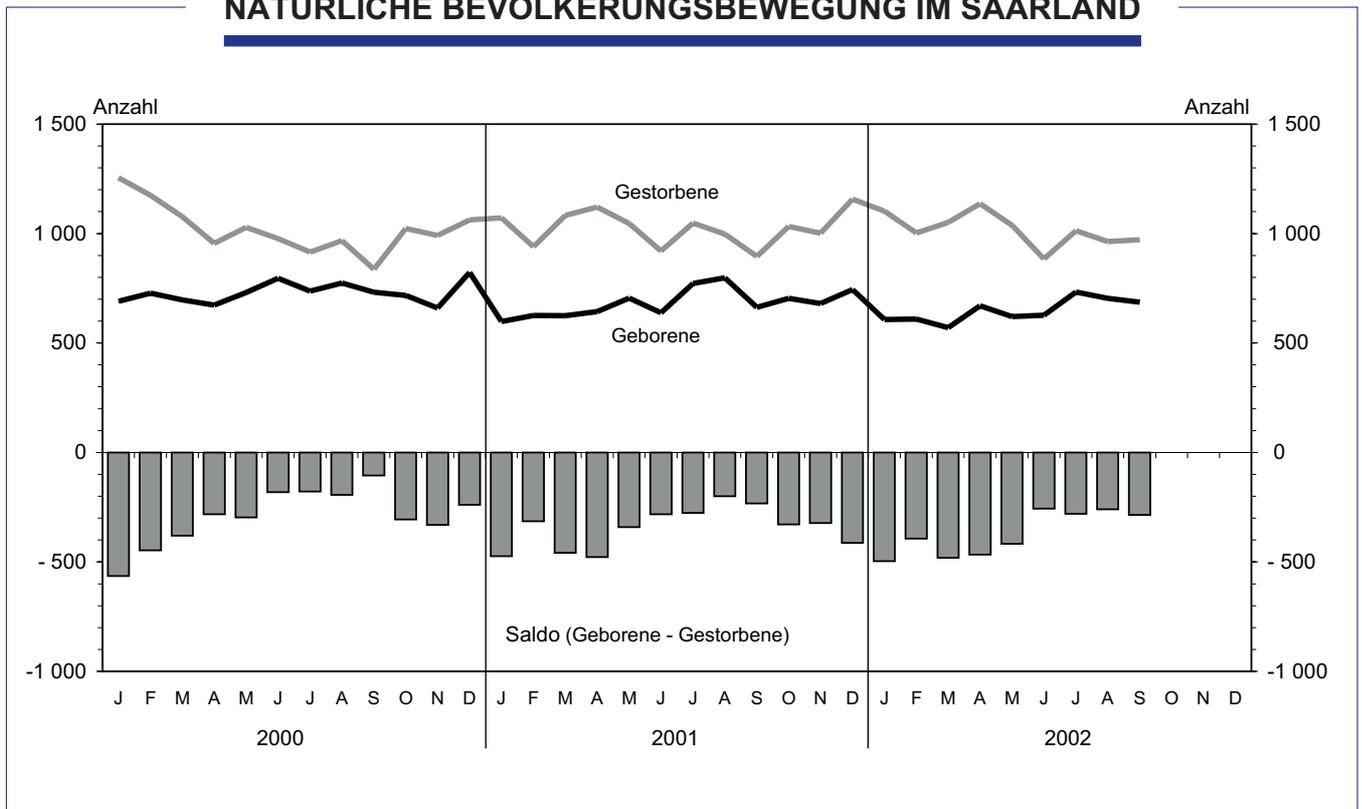
Der tatsächliche künftige Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen ist von der konkreten Nachfrage abhängig. Bei konstanten Betreuungsquoten bedeutet ein Rückgang der Kinderzahl in der Regel auch eine Reduzierung der Betreuungsplätze. Dies gilt aber nicht für alle Einrichtungen. Im Bereich der Kindergartenplätze scheint diese Annahme durchaus realistisch. Weil die Betreuungsquote von Kindern im Kindergartenalter nahe bei 100 % liegt, werden dort bis 2015 auf jeden Fall weniger Plätze nötig sein. Anders in altersgemischten Einrichtungen oder Kinderkrippen und Horten. Dort könnte trotz rückläufiger Kinderzahlen durchaus auch ein Mehrbedarf entstehen, wenn im Laufe der Zeit deutlich mehr Eltern als heute für ihre Kinder Krippen- und Hortplätze suchen. Wenn der Trend zu einer stärkeren Erwerbstätigkeit der Frauen anhält, ist darüber hinaus mit ziemlicher Sicherheit davon auszugehen, dass sich auch die qualitativen Anforderungen an das Kinderbetreuungsangebot wandeln werden. Ebenso wird ein Wettbewerb im Gefolge der geringeren Auslastung der Einrichtungen untereinander verstärkt werden.

Kindertageseinrichtungen nach Kreisen, Art der Einrichtung, genehmigten und tatsächlich belegten Plätzen Stand: 1. März 2002

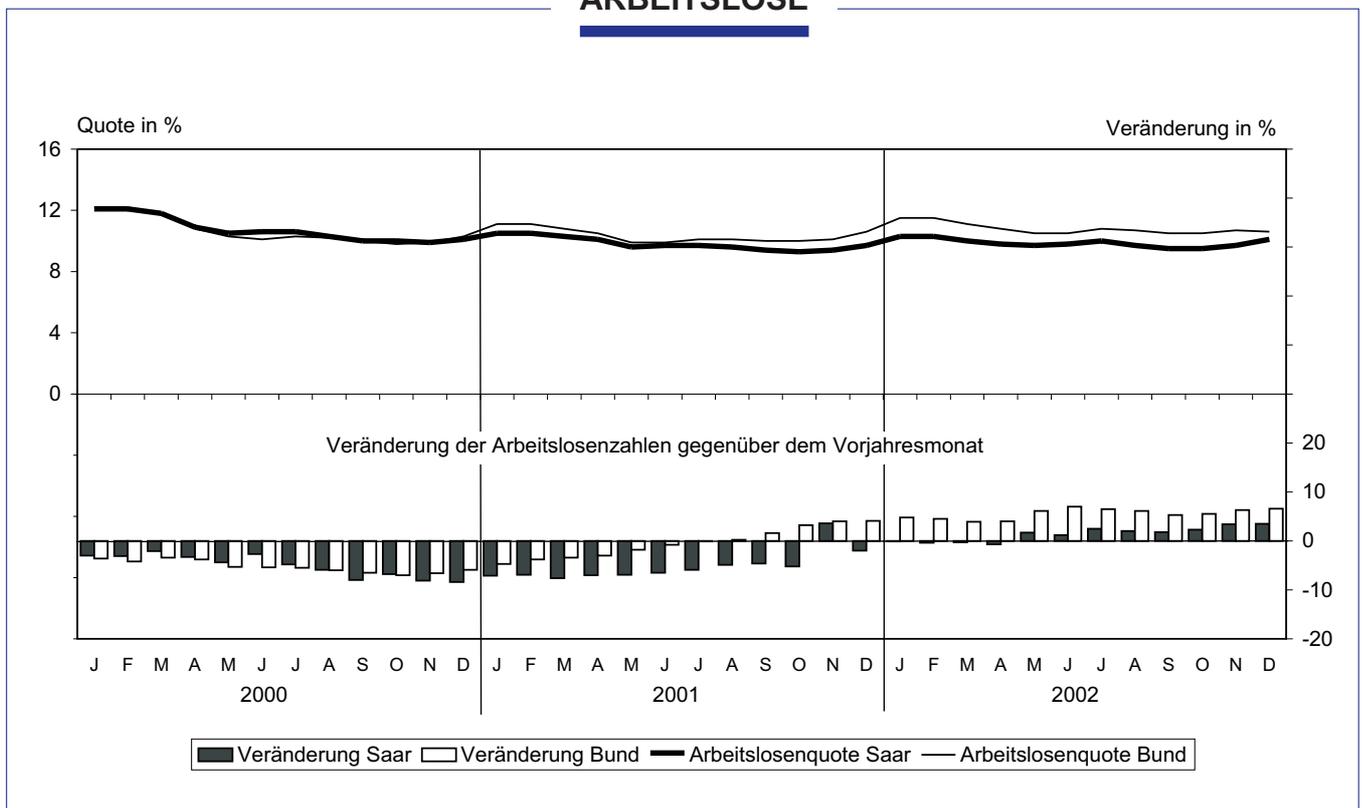
Kreis	Einrichtungen	Genehmigte Plätze ¹⁾	Darunter Ganztagsplätze mit Mittagsbetreuung	Tatsächlich belegte Plätze	Hinzu kommen zusätzlich genehmigte Plätze ²⁾
Kindergärten					
Stadtverband Saarbrücken	150	10 155	1 300	9 988	-
dar.: Stadt Saarbrücken	84	5 024	905	4 981	-
Kreis Merzig-Wadern	59	4 070	448	3 688	-
Kreis Neunkirchen	61	4 541	521	4 382	-
Kreis Saarlouis	76	6 910	615	6 615	2
Saarpfalz-Kreis	76	5 060	882	4 926	-
Kreis St. Wendel	45	3 398	297	3 196	-
SAARLAND	467	34 134	4 063	32 795	2
Kinderhorte					
Stadtverband Saarbrücken	30	1 087	304	1 021	49
dar.: Stadt Saarbrücken	22	942	207	883	49
Kreis Merzig-Wadern	12	187	144	158	-
Kreis Neunkirchen	13	313	110	296	-
Kreis Saarlouis	15	392	195	356	-
Saarpfalz-Kreis	26	385	222	284	-
Kreis St. Wendel	5	114	60	81	-
SAARLAND	101	2 478	1 035	2 196	49
Kinderkrippen - Krabbelstuben					
Stadtverband Saarbrücken	29	376	245	350	-
dar.: Stadt Saarbrücken	19	256	160	254	-
Kreis Merzig-Wadern	4	28	18	22	-
Kreis Neunkirchen	8	103	45	90	-
Kreis Saarlouis	8	85	65	85	-
Saarpfalz-Kreis	19	170	126	154	-
Kreis St. Wendel	5	61	35	60	-
SAARLAND	73	823	534	761	-
Einrichtungen für das behinderte Kind					
Stadtverband Saarbrücken	4	52	20	46	-
dar.: Stadt Saarbrücken	2	38	12	38	-
Kreis Merzig-Wadern	1	15	15	15	-
Kreis Neunkirchen	-	-	-	-	-
Kreis Saarlouis	2	72	68	70	-
Saarpfalz-Kreis	1	23	-	14	-
Kreis St. Wendel	-	-	-	-	-
SAARLAND	8	162	103	145	-

1) Genehmigte (reguläre) Plätze und befristet genehmigte Plätze. 2) Plätze in zusätzlich genehmigten Nachmittagsgruppen und zusätzlich genehmigte Einzelplätze

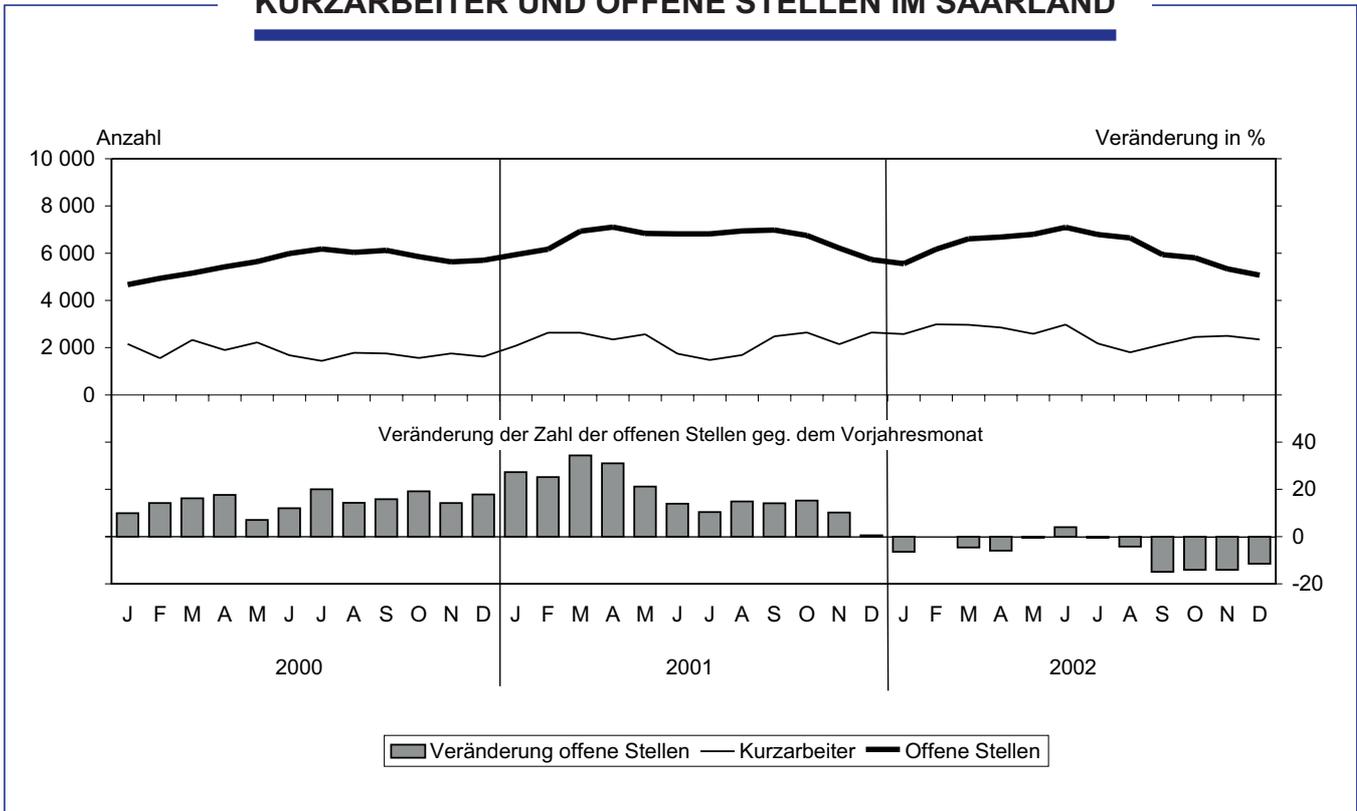
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



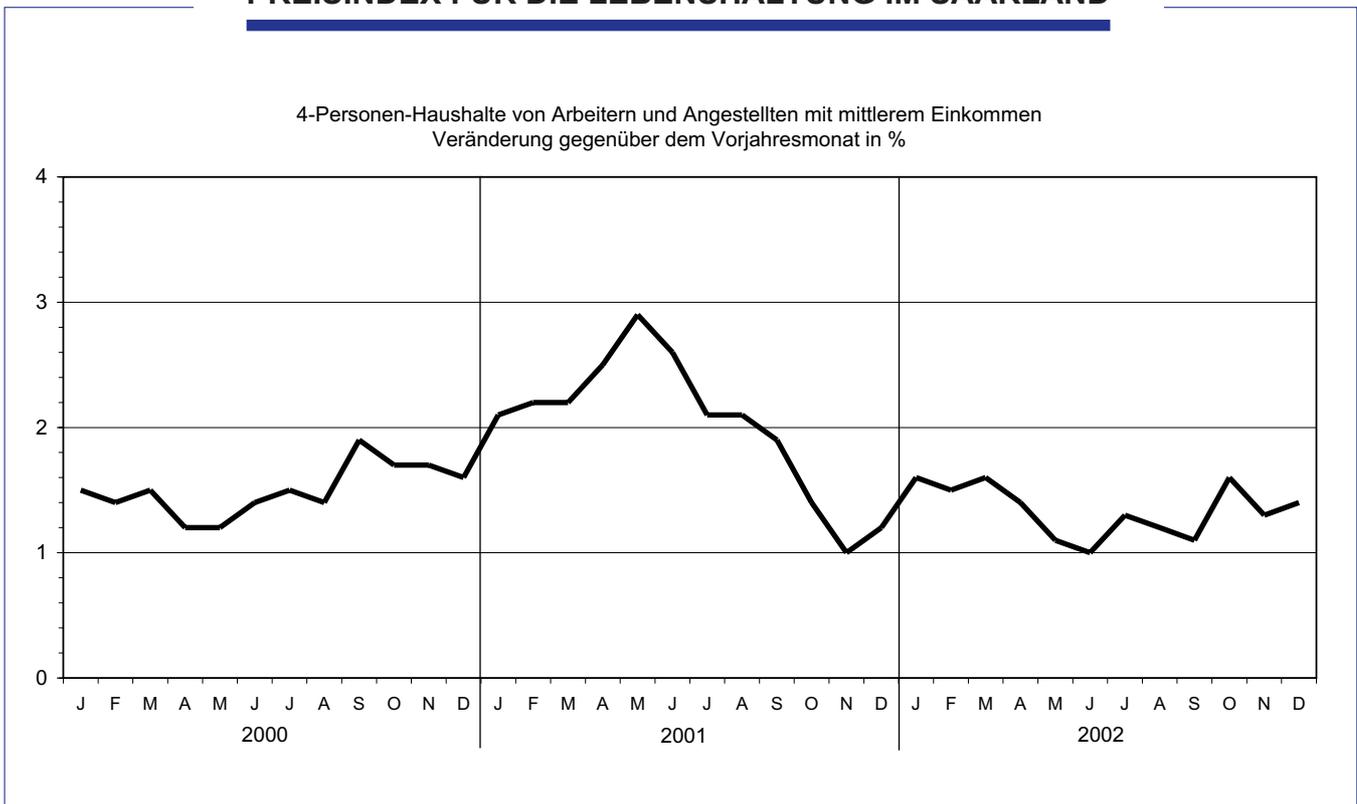
ARBEITSLOSE



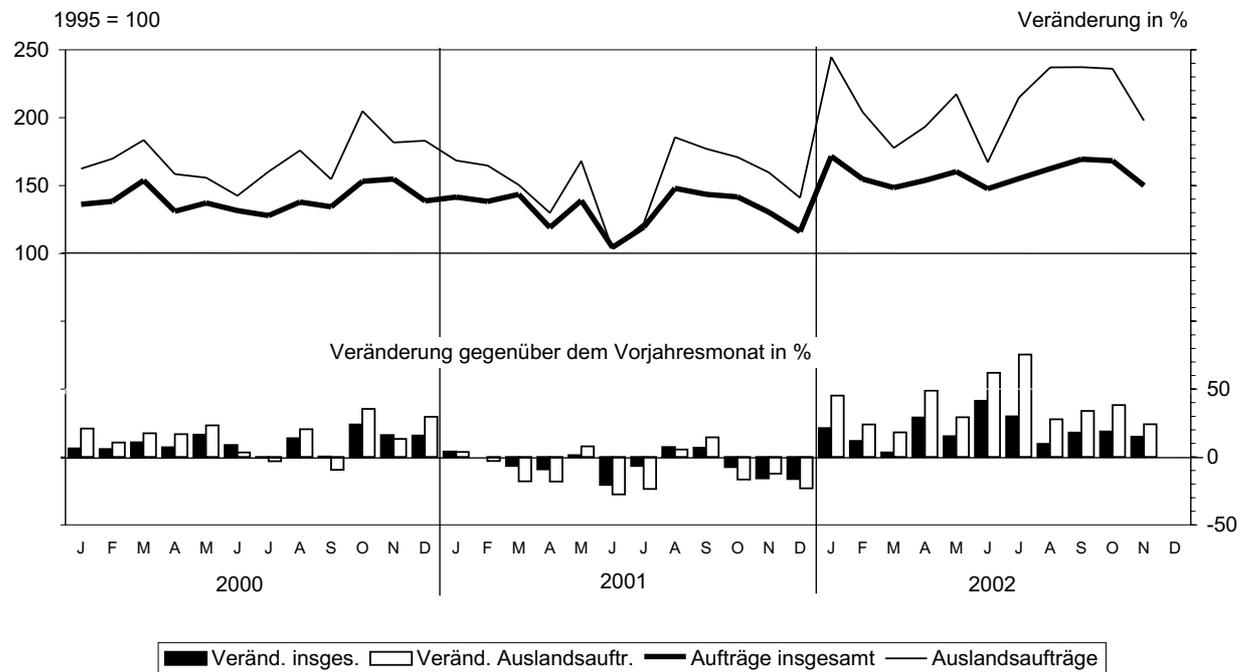
KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND



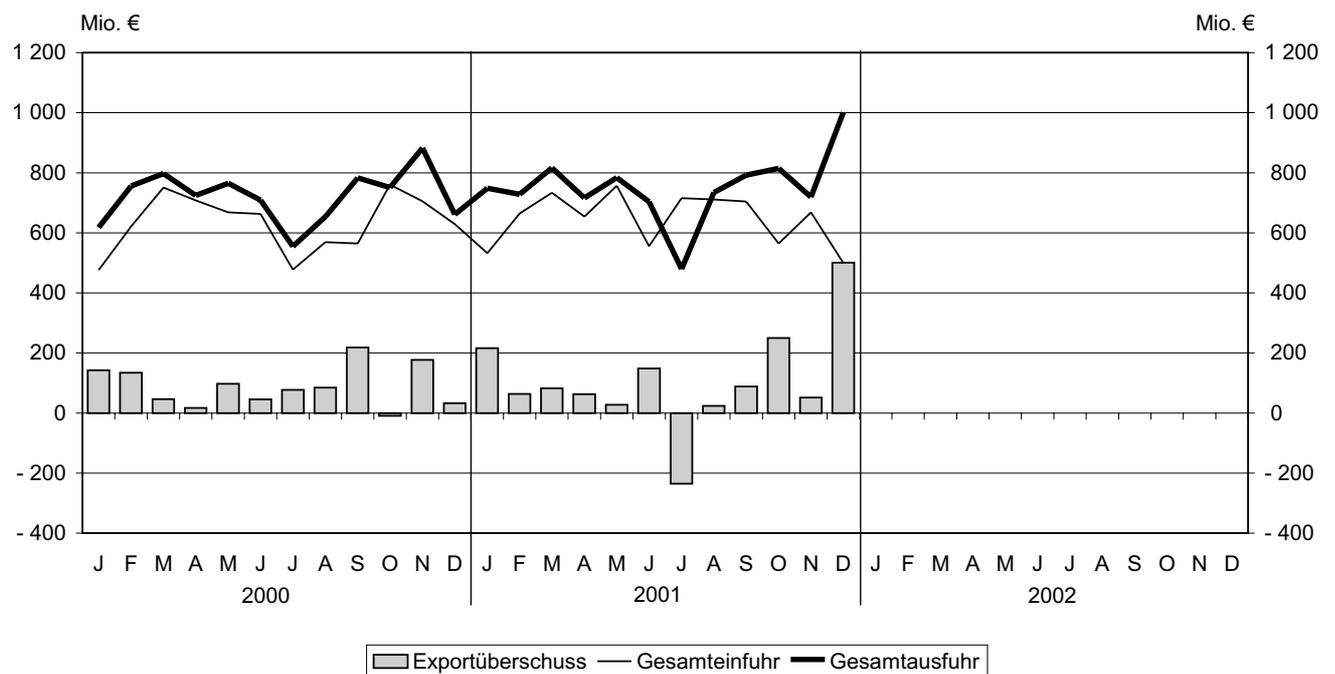
PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM SAARLAND



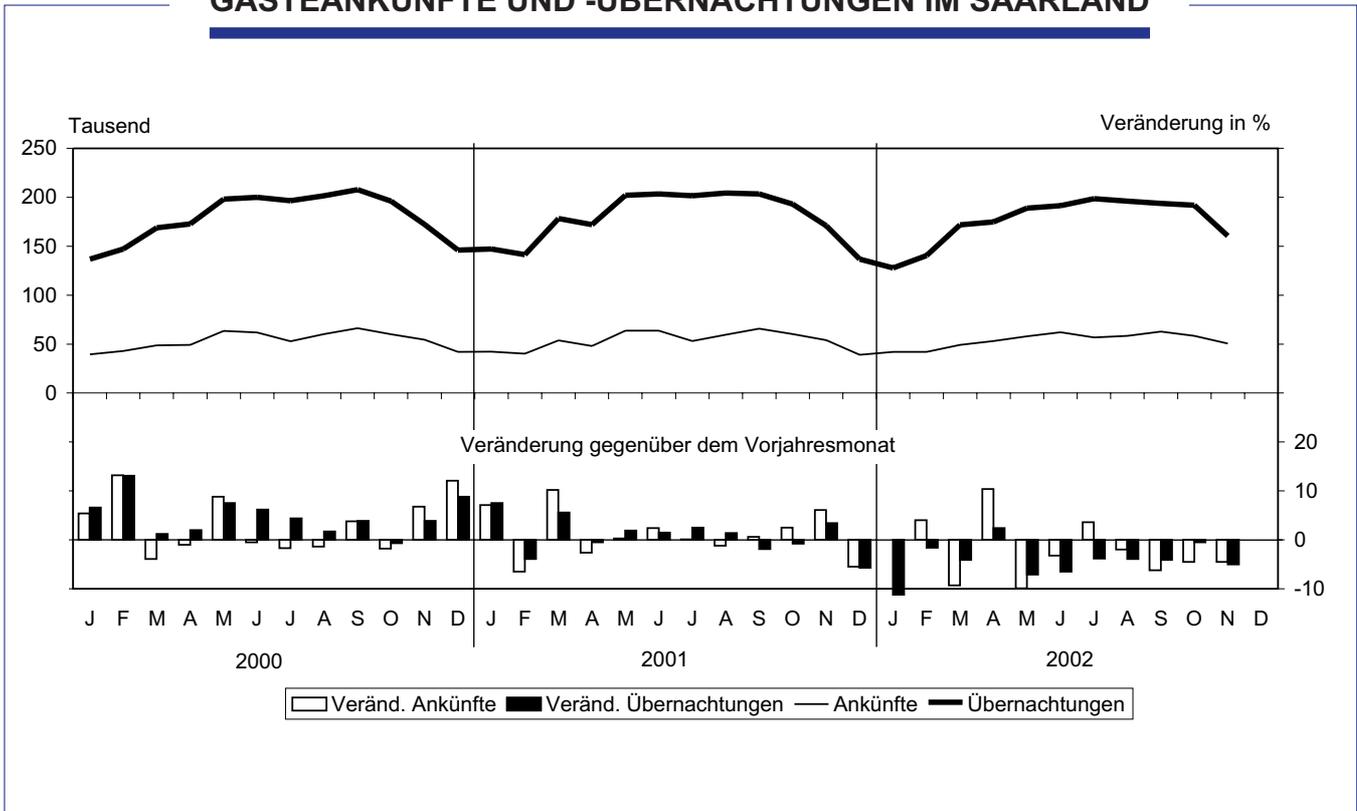
AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE IM SAARLAND



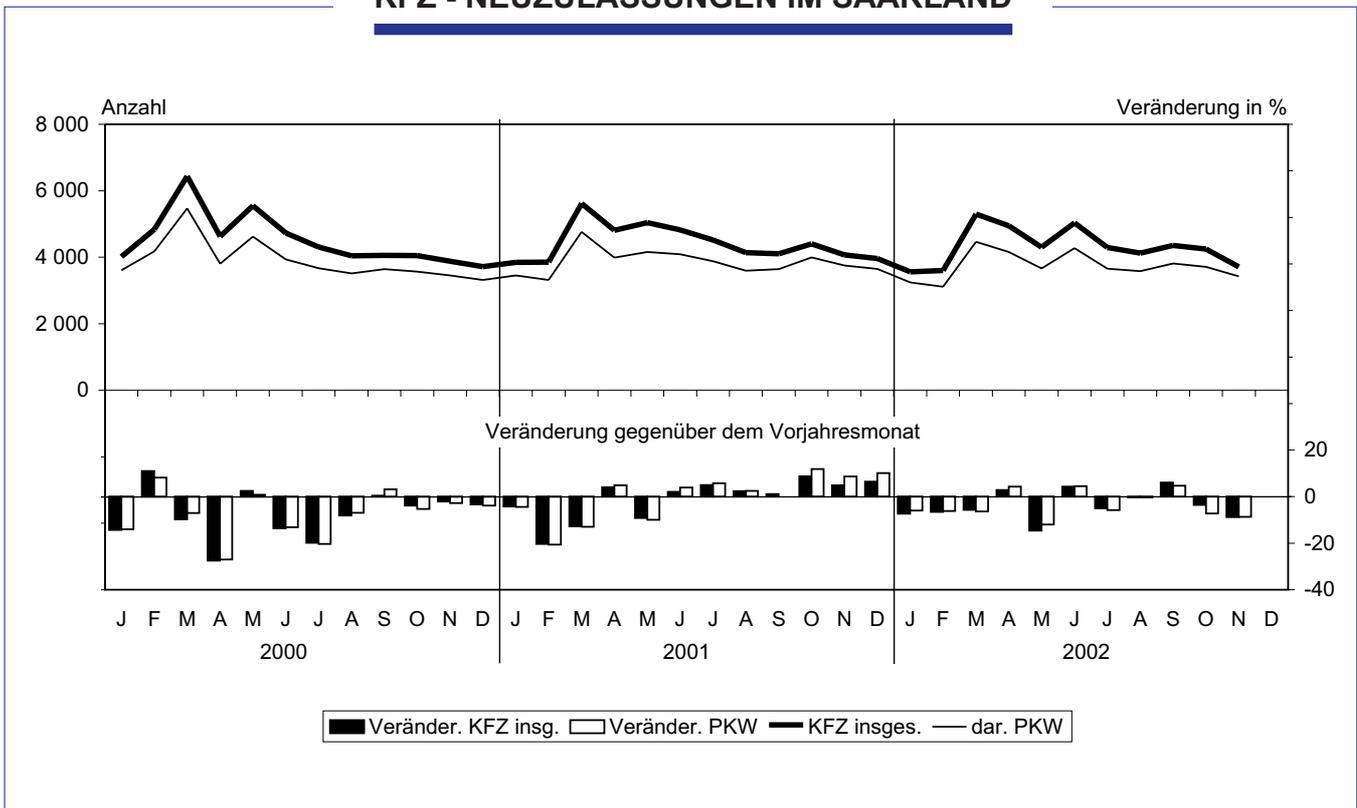
AUSSENHANDEL IM SAARLAND



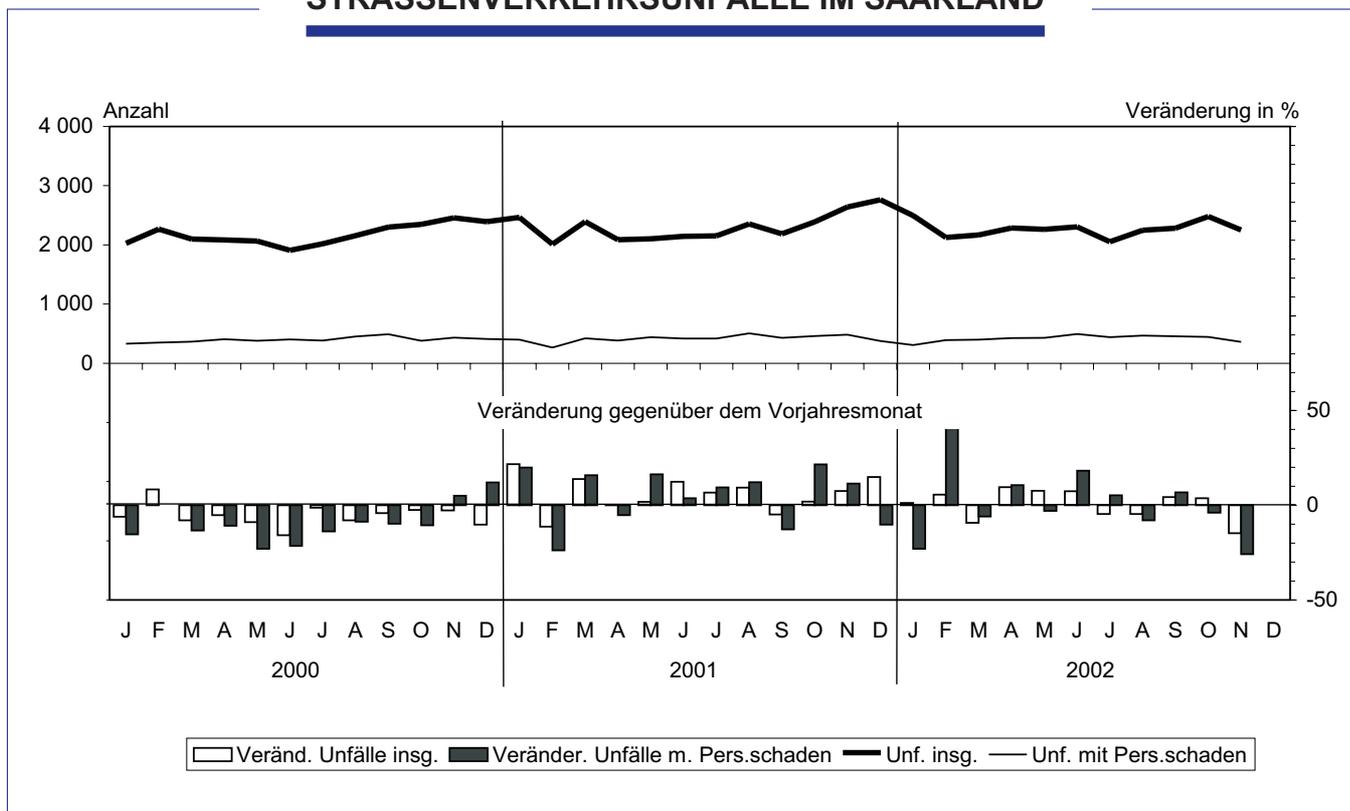
GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND



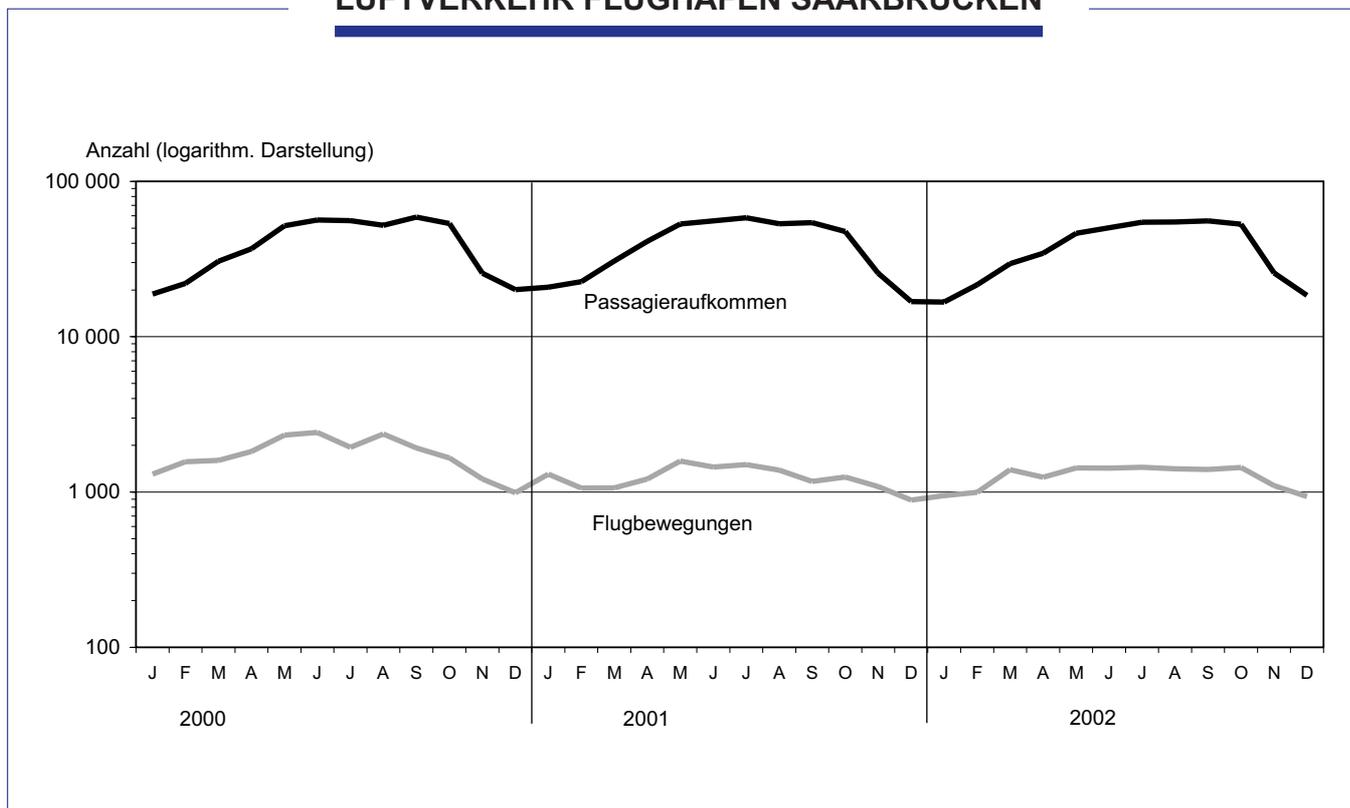
KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN



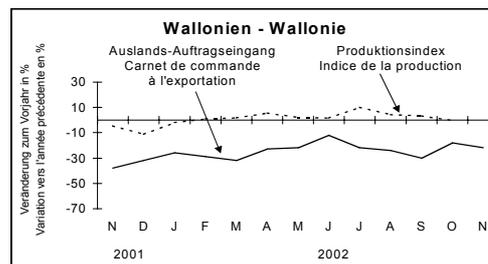
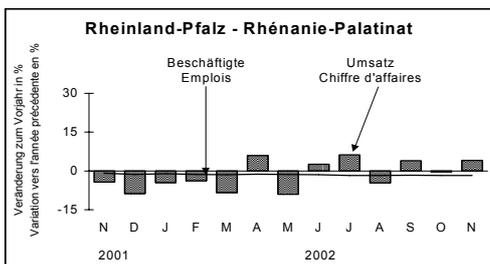
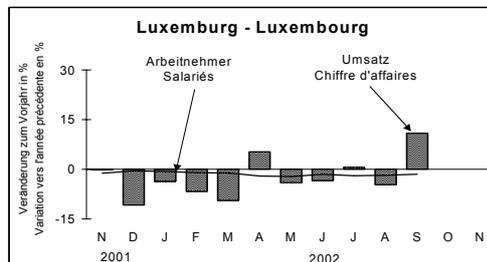
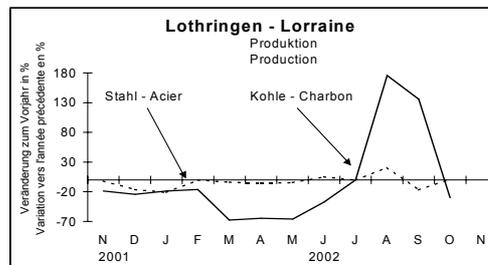
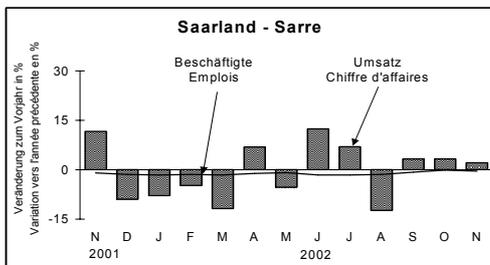
Konjunktur aktuell Conjoncture actuelle

Januar · Janvier 2003

Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonien
Grande Région Saar – Lor – Lux – Rhénanie-Palatinat – Wallonie

16.01.2003

Verarbeitendes Gewerbe · Industries manufacturières



Herausgeber · Éditeur: Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE), Direction Régionale de Lorraine · Service Central de la Statistique et des Études Économiques (Stavec), Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems · Ministère de la Région Wallonne, Service des Études et de la Statistique (S.E.S.), Jambes (Namur).

Verarbeitendes Gewerbe in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonien
Industries manufacturières dans la Grande Région Saar - Lor - Lux - Rhénanie-Palatinat - Wallonie

Merkmal Variable	2001		2002										
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	Nov.	Déc.	Jan.	Févr.	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août	Sept.	Oct.	Nov.
	Veränderung zum Vorjahr in % Variation vers l'année précédente en %												
Saarland - Sarre													
Beschäftigte Emplois	-1,0	-1,5	-1,6	-1,5	-1,6	-1,2	-0,9	-1,6	-1,6	-1,5	-0,8	-0,2	-0,5
Umsatz - Chiffre d'affaires	11,6	-9,0	-7,9	-4,8	-11,9	6,9	-5,4	12,4	7,0	-12,4	3,2	3,2	2,1
Lothringen - Lorraine													
Produktion von Production de Stahl													
Acier	-1,7	-16,2	-21,0	-0,5	-3,7	-5,8	-4,6	5,3	-0,5	21,0	-16,8	0,9	...
Kohle Charbon	-19,0	-24,6	-19,0	-16,2	-67,9	-64,7	-66,2	-37,5	0,0	175,6	135,6	-30,2	...
Luxemburg - Luxembourg													
Arbeitnehmer Salariés	-1,3	-0,6	-0,7	-1,1	-1,2	-2,1	-2,3	-1,6	-2,0	-1,9	-1,6
Umsatz - Chiffre d'affaires	-0,3	-10,9	-3,7	-6,7	-9,5	5,2	-4,1	-3,5	0,5	-4,7	10,9
Rheinland-Pfalz - Rhénanie-Palatinat													
Beschäftigte Emplois	-1,0	-1,4	-1,2	-1,4	-1,5	-1,3	-1,4	-1,5	-1,8	-1,8	-1,7	-1,9	-1,9
Umsatz - Chiffre d'affaires	-4,4	-8,8	-4,6	-3,9	-8,4	5,8	-9,1	2,5	6,2	-4,7	3,9	-0,5	4,0
Wallonien - Wallonie													
Auslands-Auftrags- eingang ¹⁾													
Carnet de commandes à l'exportation ¹⁾	-38,0	-32,0	-26,0	-29,0	-32,0	-23,0	-22,0	-12,0	-22,0	-24,0	-30,0	-18,0	-22,0
Produktionsindex Indice de la production	-4,6	-11,2	-2,0	0,9	1,7	5,5	2,0	1,5	10,0	4,3	3,2	-0,4	...

1) Dessaisonnalisée / Saisonbereinigt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

Statistische Berichte im Monat Oktober 2002

Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Wintersemester 2001/2002	B III 1 - hj 2/2001	Gastgewerbe im August 2002 Vorläufige Ergebnisse	G IV 3 - m 8/2002
Weiterbildung im Saarland 2001	B IV 1 - j 2001	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 1. Vierteljahr 2002	H I 4 - vj 1/2002
Getreideernte 2002 (Vorläufige Ergebnisse)	C II 1/S - j 2002	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 2. Vierteljahr 2002	H I 4 - vj 2/2002
Gewerbeanzeigen im Saarland 2. Quartal 2002 und 1. Halbjahr 2002	D I 2 - vj 2/2002	Schwerbehinderte im Saarland am 31. Dezember 2001	K III 1 - 2j/2001
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2002	E I 1 - m 8/2002	Preisindex für die Lebenshaltung September 2002	M I 2 - m 9/2002
Baugewerbe im August 2002	E II 1/E III 1 - m 8/2002	Preisindex für Bauwerke August 2002	M I 4 - vj 3/2002
Einzelhandel im Juli 2002 (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) Vorläufige Ergebnisse	G I 1 - m 7/2002	Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 2001	N I 4 - j 2001
Fremdenverkehr im Juli 2002	G IV 1 - m 7/2002	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis Juli 2002	Z 1 - m 7/2002
Fremdenverkehr im August 2002	G IV 1 - m 8/2002	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis August 2002	Z 1 - m 8/2002
Gastgewerbe im Juli 2002 Vorläufige Ergebnisse	G IV 3 - m 7/2002	Konjunktur aktuell Oktober 2002	KA-10

MITTEILUNGEN DES AMTES

Haushalte zur Mitarbeit bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 gesucht

Das Statistische Landesamt Saarland sucht Haushalte zur Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Ein besonderer Bedarf besteht an Haushalten **von Selbständigen und Freiberuflern, Studenten, Alleinstehenden und Paaren ohne Kinder.**

Die Aufgabe der Haushalte besteht darin, für drei Monate im laufenden Jahr 2003 ihre Einnahmen und die wichtigsten Ausgabepositionen zu Monatsbeträgen zusammengefasst in Haushaltsbüchern festzuhalten. Die Haushaltsbücher werden vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt. Zu Beginn der Befragung werden in einem Einführungsinterview Informationen über die Zusammensetzung des Haushalts, die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die Wohnsituation u.ä. erfragt. Zusätzlich erhält jeder Haushalt einen kleinen Fragebogen zu den Vermögensverhältnissen.

Alle Angaben werden selbstverständlich streng vertraulich behandelt. Als Anerkennung für die Beteiligung an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erhalten die Haushalte 40 Euro.

Haushalte, die bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 mitmachen möchten, werden gebeten, sich telefonisch unter der Nummer (06 81) 5 01 - 29 61 oder - 59 77 oder schriftlich unter dem Kennwort EVS 2003 an das Statistische Landesamt Saarland, Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken zu wenden.